

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfreistellungsanstalt monatlich 32 Mk., Einzelverkaufspreis 1,50 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgehaltene Zeitspalte oder deren Raum 7,50 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 6,50 Mark, Reklamen 36,00 Mark. Beilagengebühr 1000 Stck. 150 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 187.

Sonntag, 12. August 1922.

29. Jahrgang.

Abchluss der Verhandlungen zwischen dem Reich u. Bayern.

Aufhebung der bayrischen „Notverordnung“.

Berlin, 11. August. (Drahtbericht.)

Das Schlussprotokoll über die Beratungen zwischen dem Reich und den bayrischen Regierungsvertretern ist am Freitag vormittag in der Reichskanzlei von dem Reichskanzler für das Reich und dem Grafen Lerchenfeld für Bayern unterzeichnet worden. Eine endgültige Erledigung des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich wird mit der Zustimmung des bayrischen Kabinettsrates zu den Abmachungen, die am Sonntagabend in Berlin erwartet wird, erfolgen.

Das Protokoll besteht aus drei Teilen, von denen sich der erste mit der bayrischen Verordnung befasst. Der zweite Teil enthält Erklärungen der Reichsregierung über die Ausführung des Gesetzes zum Schutze der Republik, des Verantwortlichkeitsgesetzes und des Reichskriminalgesetzes. Der dritte Teil enthält Erklärungen der Reichsregierung über die föderalistische Gestaltung der Reichsverfassung. Das Reichskabinettsrat ferner bezeichnet in dem dritten Teil insbesondere die bayrischen Befürchtungen als unbegründet und geht keineswegs in den Erklärungen über die Reichsverfassung hinaus, sondern stützt sich gerade auf diese, wie auf Erklärungen des Reichspräsidenten Ebert in München. In diesen Ausführungsbestimmungen wird nicht nur Bayern, sondern sämtliche Länder entgegenkommen. Die Gesetze zum Schutze der Republik werden in keiner Form abgeändert. Die Not-

verordnung der bayrischen Regierung wird aufgehoben, sobald der bayrische Kabinettsrat dem von Lerchenfeld unterzeichneten Protokoll seine Zustimmung gegeben hat. Mit einer Zustimmung ist bestimmt zu rechnen.

Die Stimmung in München.

SPD. München, 11. August. (Drahtbericht.)

Während der republikanische Volk Bayerns seine Freude über den vorläufigen Ausgleich zwischen Bayern und dem Reich zum Ausdruck bringt, ist die Münchener Regierungspresse keineswegs besonders darüber erfreut. Zunächst wird betont, dass die Entscheidung in München und nicht in Berlin fällt. Die deutschnationale „Münchener Zeitung“ meint: Nach den bisherigen Angaben so vager Natur kann man natürlich keine Stellung nehmen. Zwischen persönlichen Zusicherungen und geschäftlichen Garantien sind Unterschiede. Der „Bayrische Kurier“ schlägt noch lautere Töne an.

Der Verfassungstag ist in München lang- und klanglos vorübergegangen. Nicht einmal die bayrischen Staatsgebäude hatten geflaggt. Lediglich auf zwei im Reichsdienst stehenden Gebäuden waren „schwarz-weiß-rote“ Flaggen zu sehen. Das Organ der Regierungspartei, der „Bayrische Kurier“, hat es noch nicht für nötig gehalten, den Aufruf des Reichspräsidenten zum Verfassungstag im Wortlaut zu veröffentlichen.

Verfassungstag in Lübeck.

Dr. L. Lübeck, 12. August.

Vor halbleeren Tribünen eine Versammlung des Senats, der Bürgerschaft und der Behörden. Der gotische Saal ungeschmückt; Musik zu Beginn und Musik zu Ende wie zu einer Trauerfeier; Stimmung lang- und klanglos, ohne Begeisterung, ohne innere Wärme.

Die Rede des Bürgermeisters! Ohne jeden großen Gedanken, schwunglos Kreise um das Verfassungswerk ziehend. Kein Bekenntniswort zur Republik durchhallte den Saal, in dem zu anderen Zeiten eine republikanische Zweidrittelmehrheit die Herrschaft führt.

Dann das Schlagwort von der dringend nötigen Einheitsfront nach außen! Welche Einheitsfront war gemeint? Die der „starken Hand“, oder die der „ehrlichen Erfüllungspolitik“? Man wusste nicht so recht!

Der Schluss hätte manches gutmachen können. Aber das Hoch auf die Republik kam nicht. Unbefriedigt gingen die Republikaner nach Hause. Den „Gehaltsrepublikanern“ aber war ein großer Stein vom Herzen gefallen.

Die Republik ist immer noch sehr bescheiden.

*

Auch die Schulen hatten Feiern. Was uns darüber berichtet wird, ist wenig erfreulich. Teilweise haben die Rektoren die Ansprache gehalten, teilweise andere Lehrer. Viel weniger von der Republik sprachen manche von ihnen als von Bismarck und Wilhelm.

In einer Klasse der 3. Knabenmittelschule (Fleischhauerstraße) erschien die Mehrzahl der Schüler mit schwarz-weiß-roten Bändchen zur Feier. Und was sagten die republikanischen Lehrer dazu? Nichts! Still und zufrieden glänzten Lächeln über manches Gesicht.

*

In unserem gestrigen Leitartikel sprachen wir den Monarchisten das Recht ab, das Lied Hoffmanns von Fallersleben „Deutschland über alles“ als ihr Lied zu beanspruchen. Sie haben es zum Kampflied der Gegenrevolution gemacht; einst aber war es das Volkslied der Revolution. Die „Lübecker Anzeigen“ möchten den Sachverhalt umdrehen. Um ihre Gesichtsfeindnisse etwas anzuspornen, drucken wir heute ein anderes Gedicht des gleichen Revolutionsdichters ab. Als in den vierziger Jahren die deutschen Fürstentümer mit dem Säbel rasselten und nach Krieg schrien, da schrieb er die bitteren Worte:

Wo für?

„Für Fürstentümlein, Ruhm und Macht;
Für Schlacht?
Für Hofgeschmeiß und Junker hinaus
Zum Streit?
Für unseres Volkes Unmündigkeit
Zum Streit?“

Ist dieser Dichter nicht ein Mann der Freiheit und des Volkes?

*

Die Kundgebung des Reichspräsidenten an das gesamte deutsche Volk hat überall Anklang gefunden. Alle Zeitungen drucken sie ab. Mit Ausnahme des „Lübecker General-Anzeigers! Der machte sich einen besonderen Aufzug zurecht, in dem er die beiden wichtigsten Abschnitte einfach wegließ. Offenbar lahmt sein monarchistischer Pferdefuß so stark, daß es zu dem ganzen Aufzug nicht mehr reicht.

Die Verfassungsfeier der deutschen Republik.

Berlin, 11. August. (Eigener Drahtbericht.)

Es war kein Freudentag, aber dennoch ein Tag der Hoffnung — der Hoffnung auf die Zukunft unserer jungen Republik! Noch im vergangenen Jahre herrschte an dem Tage der neuen, von sozialem Geist und von demokratischen Ideen getragenen Verfassung beklagenswerte Teilnahmslosigkeit. Diesmal — schwarz-rot-goldene Fahnen in Hülle und Fülle, begeisterte Republikaner unter jung und alt überall! Neben staatlichen Gebäuden zeigten viele Geschäfts- und Privathäuser Flaggenhuld. Nur die bayrische Gesandtschaft leistete sich eine rühmliche Ausnahme.

Um 12 Uhr mittags begann die offizielle Feier der Reichs- und Staatsbehörden in Anwesenheit von Vertretern

Moratorium für 1922.

Paris, 12. August.

Die Unterredung der drei Premierminister galt der Prüfung eines Kompromisses auf Grund neuer englischer Vorschläge, die aus zehn Punkten bestehen. Der „Temps“ zählt diese in folgender Weise auf:

1. Autonomie der Reichsbank;
2. die Ausgabe von 26 Prozent auf die deutsche Ausfuhr;
3. Befreiung der deutschen Zolleinnahmen;
4. Kontrolle der staatlichen Ruhrbergwerke und der linksrheinischen Staatsforsten;
- 5-9 beziehen sich auf die Durchführung der in den ersten vier Punkten erwähnten Maßnahmen;
10. Dieser Artikel schlägt vor, daß Deutschland ein Moratorium für die Zahlungen in fremden Wäsen bewilligt werden soll, spricht aber nicht von der Dauer dieses Aufschubes.

Während der Dauer dieses Moratoriums sollen die Zahlungsforderungen keineswegs höher als die Einnahmen aus der Ausfuhrabgabe sein. Ein neuer Plan für die internationale Anleihe soll auf dieser Grundlage ausgearbeitet werden. Die Anleihe, ohne welche die Lösung des Reparationsproblems und die Befreiung des Marktes nicht möglich erscheint, soll also mit dem beschriebenen Kompromiß verbunden werden. Von diesen zehn Punkten sind nach dem französischen Bericht die ersten sechs von den drei Premierministern angenommen worden. Die Besprechungen über die letzten vier Artikel werden am Nachmittag fortgesetzt. Deutschland erhält demnach ein Moratorium für die Barzahlungen bis Ende dieses Jahres. Es braucht also die nächsten drei Zahlungen von je 50 Millionen Goldmark und die beiden Zahlungen im November und Dezember von je 60 Millionen Goldmark nicht zu leisten.

Eine Konferenz der Nachlass der Kriegsschulden.

London, 11. August.

Aus guter Quelle verlautet jetzt, daß Poincaré damit beschäftigt sei, einen Plan fertig zu stellen, den er schon in Paris ausgearbeitet hat, ehe die Note Balfours veröffentlicht wurde und auf Grund dessen Frankreichs in der Reparationsfrage Opfer bringt, während England seinerseits einen Teil der französischen Kriegsschulden opfern will. Wenn auch noch keine Bestätigung dieser Nachricht zu erlangen ist, wird sie doch in diplomatischen Kreisen für sehr wahrscheinlich gehalten. Durch diesen Plan würde dann auch die deutsche Schuld beträchtlich reduziert werden.

Ueber den Bericht der Sachverständigen schwebt noch ein gewisses Dunkel, da der volle Text nicht veröffentlicht wurde. In französischen Kreisen heißt es, daß diese Zurückhaltung auf Wunsch Poincarés geübt wurde. Soviel man erfahren kann, sind die französischen und englischen Sachverständigen über zwei Punkte einig. Neben den Fragen der allgemeinen Politik wurde im Kabinettsrat auch die Frage diskutiert, ob Lloyd George eine Modifikation seines eigenen Reparationsplanes annehmen wolle. Außerdem wurde die Möglichkeit erörtert, eine neue Konferenz zur Diskussion einer Annullierung der Kriegsschulden einzuberufen, um Poincaré die Möglichkeit zu geben, sein Programm zu modifizieren und gleichzeitig doch der französischen Kammer ein positives Ergebnis vorlegen zu können.

Offiziell wird heute bekanntgegeben, daß ein isoliertes Vorgehen Frankreichs die Entente wohl schwächen, nicht aber brechen

würde. Unter den Delegierten selbst herrscht eine ziemlich bittere Stimmung. Sie glauben allerdings, daß eine Art von Kompromiß auf ein kurzfristiges Moratorium zustande kommen werde und rechnen mit der Zustimmung einer neuen Konferenz, die allem Anschein nach im September in Brüssel stattfinden werde, auf der die Balfournote in erster Linie diskutiert werden soll.

Der Bericht des Sachverständigenkomitees.

London, 11. August.

Der vollständige Bericht des Sachverständigenkomitees über die von Poincaré der Konferenz gemachten Vorschläge liegt nunmehr vor:

1. Kontrolle der Ausfuhrerzeugnisse im besetzten Rheinlande.
2. Ausbeutung und etwaige Veräußerung der deutschen Staatsbergwerke und -wäldungen. Die deutschen Sachverständigen erheben lebhaft Einwände mit Bezug auf die etwaige Veräußerung dieser Bergwerke, d. h. mit Bezug auf eine Übertragung des Eigentums dieser Bergwerke an die Reparationskommission. Bezgl. der Staatswäldungen erklären die alliierten Vertreter, daß die Schwierigkeiten hinsichtlich der Staatsbergwerke noch viel schärfer zutage treten als bei den Staatswäldungen. Sie sind der Ansicht, daß diese mehr als eine Garantie für Lieferung von Holz als finanzielle Garantien betrachtet werden könnten.
3. Die Inbesitznahme von 60 % des Kapitals der deutschen Kalkstoffwerke auf dem linken Rheinufer. Die englischen, belgischen, italienischen, japanischen Delegierten waren der Auffassung, daß diese Maßnahme im Augenblick als nicht praktisch angesehen werden könne. Der französische Vertreter erklärte, falls er genügende Garantien hinsichtlich der Anwendung der übrigen von Poincaré vorgeschlagenen Maßnahmen erhalte, könne er sich dem Vorschlage der Mehrheit anschließen.

4. Zollmaßnahmen an der Westgrenze Deutschlands (linkes Rheinufer); Errichtung einer Zollgrenze am Rhein; Einführung von Ausfuhrzöllen im Ruhrgebiet. Mit Ausnahme der französischen Sachverständigen erkannte man an, daß die Errichtung dieser Zölle bereits im Londoner Ultimatum vorgesehen sei und daß diese Angelegenheit nicht von neuem aufgerollt werden sollte.
5. Erhebung der 26%igen Ausfuhrabgabe und Ablieferung der Zolleinnahmen.

Alle Mitglieder des Komitees stimmten darüber überein, daß diese Einnahmen bereits unter der Kontrolle des Garantiefomitees stehen. Der französische Vertreter bemerkte, daß die Durchführung dieser beiden Maßnahmen von Poincaré verlangt werde und gewisse Vorteile biete, doch glaube die französische Abordnung, daß diese Maßnahmen ungenügend seien.

Die entscheidende Wendung.

Saag, 12. August.

Nachdem was gestern abend 7½ Uhr in London bekannt wurde, läßt sich sagen, daß die entscheidende Wendung eingetreten ist und zwar durch Nachgeben Poincarés, der auf die Zollgrenze am Ostrand des besetzten Rheinlandes und des Ruhrgebietes verzichtet hat.

aller Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen und Kommunisten.

Vor dem Reichstagsgebäude hatten inmitten zweier schwarz-rot-goldener Fahnen eine Ehrenkompanie der Reichswehr Aufstellung genommen, deren Front der Reichspräsident unter dem Klang eines Präsentiermarsches und dem auslöschend "Deutschland über alles", das damit zum Viede der deutschen Republik geworden ist, abschritt.

Der große Sitzungssaal des Reichstages war nach Entwürfen des Kunstwartes Dr. Redtsch mit Eisenlaubegeenden und schwarz-rot-goldenen Tüchern schlicht aber würdig geschmückt. In dem Mittelschiffe der Wandfläche über dem Präsidentenstuhl war der neue Reichsadler angebracht, darin in einem Rahmen von Eisenlaube die Worte "Einigkeit und Recht und Freiheit" der deutschen Republik.

Unter den Bräutungen der Tüchlein breiteten sich zum ersten Male die Wappen der deutschen Länder in der neuen Form. Die Entwürfe kamen von dem Berliner Bildhauer Gottl. 5 Minuten nach 12 Uhr trat der Reichspräsident mit seiner Begleitung die große Seitenloge. Nun eröffnete das Wilhelmsburger Schloß die Feier mit Beethoven's "Egmont"-Ouvertüre. Sodann trat der badische Staatspräsident Hummel an das geschmückte Rednerpult.

Der badische Staatspräsident begrüßte den Reichspräsidenten und den Reichskanzler als Badener und überbrachte den Ausdruck des Vertriebens des badischen Volkes. Er sprach über die Entstehung des badischen Staatsgefühls als natürliches Ergebnis des Lebens und des Heimatgefühls. Die Stärke des Reichsgefühls in Baden sei zu verstehen als der Gehörigkeit der Entscheidung des Staates und des Reichsgefühls. Aus diesem Gedanken begreife der Staatspräsident die Reichsfeier vom 11. August 1919 als großartigste Gedenkfeier mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der Reichseinheit. Vor allem darin liegen ihre seelischen Werte. Für demokratische und soziale Inhalt sei unverzichtbares Gut des deutschen Volkes geworden. Die Gegensätzlichkeit zwischen den demokratischen Bedürfnissen der Zeit und der politischen Herrschaft der Reaktion hätten das alte Reich zerbrochen. Auch das neue Deutsche Reich würde ein Gegenstück zu dem Geiste seiner Verfassung und der Einstellung der führenden Schichten entstehen, zugrunde gehen. Daher sei eine Sammlung aller Kräfte ein Schicksal der Nation, auch der internationalen Rechtsordnung nötig. Die erfolgte Verhandlung zwischen der Reichs- und der hiesigen Regierung wurde leicht begreift und ein einmütiges Bekenntnis zum Reich festgelegt. Die Rede des badischen Staatspräsidenten schloß mit einem Hoch auf die deutsche Republik, das deutsche Vaterland und das deutsche Volk.

Die feierlichen Klänge von Richard Wagners Ouvertüre zu den "Meistersingern von Nürnberg" schloßen die andächtige Feier.

Rechnungswesen bei der Reichsbahn?

Die Reichsbahnverwaltung hat den Eisenbahn-Organisationen eine Liste zur Verfügung gestellt, nach der im Bericht angeführt der dem Reichsbahn-Vorstandsvorstand vorliegt. Nach der Liste der Reichsbahnverwaltung sind die Reichsbahn-Verwaltungen in der Reichsbahn zu gliedern. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern.

- 1. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern.
- 2. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern.
- 3. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern.

In den Eisenbahnen der Reichsbahn sind die Reichsbahn-Verwaltungen zu gliedern. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern.

Nach der Reichsbahn-Verwaltung sind die Reichsbahn-Verwaltungen zu gliedern. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern.

Die Preisermäßigung.

Die Reichsbahnverwaltung hat die Reichsbahn-Verwaltungen zu gliedern. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern. Die Reichsbahn-Verwaltungen sind im Reichsbahn-Vorstandsvorstand zu gliedern.

Der Kampf gegen die Verelendung.

Die große Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist heute nicht in der Lage, von ihrem Lohn- oder Gehaltseinkommen zu leben. Die Mehrheit — abgesehen von dem engeren Kreise der Höchstbezahlten und einem Teile der Nichtverheirateten — hat ein Einkommen, das tief unter dem Existenzminimum steht. An der Waise gemessen, hat heute ein Arbeiter rund ein Drittel, ein Angestellter rund ein Viertel, ein Beamter ein Viertel bis zur Hälfte des Geldlohnes in der Vorkriegszeit.

Bürgerliche Weisheit behauptet, es werde nicht genug produziert. Der Achtstundentag sei der Vater des Übels und dergleichen Unsinn mehr. Die Arbeiter brauchen nur mehr zu arbeiten. Dann würden sie mehr Lohn erhalten und es werde mehr produziert. Die Preise würden infolge des vermehrten Angebots fallen, es könne mehr ausgeführt werden, wodurch die Waise verbessert werde.

Wir wissen seit Marx, daß die Mehrarbeit den Arbeitern keinen Gewinn bringt, sondern daß sie zur Erhöhung des Mehrwertanteils des Kapitals dient. Es ist bekannt, daß das Kapital sich heute bis zu 50 Prozent und mehr verzinst, wenn das auch nicht immer in der prozentualen Dividendenverteilung zum Vortheil gelangt, sondern durch Kapitalverwässerung und ähnliche Manöver verdeckt wird. Der Anreiz einer mehr als achtstündigen Arbeitszeit ist nur das Kapital, nicht der Arbeitende.

Wenn zum Beispiel ein Arbeiter heute 1200 Mk. in der Woche verdient, bei einem Kurs der Waise von etwa einem Pfennig, und er verdiente früher 36 Mk. die Woche, so verdient er heute genau ein Drittel. Bei einer Arbeitsverlängerung von zwei Stunden würde eine Lohnerhöhung um ein Viertel eintreten, so daß er nunmehr 1500 Mk. wöchentlich verdienen würde, also noch nicht die Hälfte dessen, was er früher verdiente.

Die Arbeitsverlängerung bedeutet also keinen Vorteil für den Arbeitenden. Sie nimmt ihm nur die Zeit und Gelegenheit, außerhalb seines Berufes — zum Teil wenigstens — sowie zu erwerben, das Existenzminimum herauszufinden — sei es durch Gartenbau und Viehzucht, durch sogenannte Schwarzarbeit oder durch Handel und dergleichen mehr —, das Existenzminimum, das ihm für seine normale Arbeitsleistung im Betriebe oder Berufe nicht gewährt wird.

Diese Tatsache muß einmal offen ausgesprochen werden. In der Hauptsache kommen natürlich Gartenbau und Kleinviehzucht in Frage. Durch Mehrarbeit außerhalb des Betriebes oder Berufs erwirbt sich heute ein sehr großer Teil der Arbeitenden, wenn nicht der größte, den Löwen-

anteil, der ihm an der Arbeitsstelle vorenthalten wird. Dadurch entlastet er das Kapital, steigert dessen Mehrwert, beschleunigt die Akkumulation (Ansammlung des Kapitals) und trägt dadurch dazu bei, die durch den Krieg vernichteten Werte allmählich zu ersetzen.

Die Mehrarbeit, im vaterländischen Interesse, oder „für den Wiederaufbau“, wie man sie von verschiedenen Seiten von den Arbeitenden verlangt, wird heute tatsächlich geleistet. Gerade der Kleingartenbau wirkt außerdem auch schon heute preiszugewinnend auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wodurch dem Bauer gewisse Grenzen gezogen werden.

Es ist bekannt, daß im Inlande nicht genügend Lebensmittel erzeugt werden. Diese Knappheit treibt die Preise in die Höhe und setzt den realen Wert des Geldlohnes noch weiter herab. Die Einfuhr aus dem Ausland, um den Bedarf zu decken und der preiszugewinnenden Knappheit entgegenzuwirken, erfordert zur Bezahlung ausländische Devisen, deren Erziehung die Waise verschlechtert.

Die Vermehrung der Lebensmittelmengen im Inlande durch Mehrarbeit ist somit eine volkswirtschaftliche Tat, ein Opfer, das die Arbeitenden der Gesamtheit bringen. Es ist ein Unfug, zu verlangen, daß sie diese freiwillige Mehrarbeit dem Kapital leisten sollen, woran weder die Arbeitenden selbst, noch die Gesamtheit profitieren würden, daß sie ohne Vorteile für sich ihre reguläre Arbeitszeit verlängern lassen sollen, ohne daß ihnen ein anständiges Existenzminimum garantiert wird.

Gewiß hat diese Nebenarbeit auch ihre großen Nachteile. Sie verlängert in Einzelfällen die Arbeitszeit der Betroffenen bis auf 12 bis 14 Stunden, bedeutet im Sinne volkswirtschaftlicher Organisation eine Kraftverzettelung die sich aber nicht vermeiden läßt. Auch verhindert sie die so doppelt angespannten an fast jeder Tätigkeit im öffentlichen Leben und beschränkt ihnen die Möglichkeit geistiger Betätigung und Fortbildung. Nicht zuletzt verspüren die Arbeiterorganisationen diesen Einfluß der durch die Verhältnisse erzwungenen Mehrarbeit.

Diese Entwicklung ist durchaus nicht zu begründen. Sie ist lediglich ein Kampf gegen die weitere Verelendung und als solcher nicht zu vermeiden. Man soll deshalb auch die Kleingartenbauorganisation nicht mit idealistischen Phrasen zu begründen versuchen. Sie ist lediglich ein Existenzkampf und entspringt deshalb notwendigen materiellen Motiven. Sie erfährt immer weitere Kreise, je weiter die Geldentwertung fortschreitet. Sie ist unter den augenblicklichen Verhältnissen notwendig und sollte beharrlich stets die kräftigste Unterstützung erfahren. Es darf aber nie vergessen werden, daß die Arbeitenden auf diesem Umwege das einzubringen versuchen müssen, was ihnen für ihre reelle produktive Berufsarbeit vorenthalten wird. U. J.

Postanweisungen bis Mk. 100.— kosten Mk. 4.—, über Mk. 100.— bis Mk. 250.— Mk. 5.—, über Mk. 500.— bis Mk. 1000.— Mk. 7.— usw.

Die Erhöhung der Postanweisungsgebühr wird auch eine entsprechende Erhöhung der Gebühr für Zahlkarten mit sich bringen.

Im Fernsprechnetz soll die Wertgebühr auf Mk. 3.—, im Fernsprechnetz der Zulage zu den gelegentlichen und verordnungsmäßigen Fernsprechnetzen auf 400 v. H. festgelegt werden.

Zur Beratung der neuen Gebührenerhöhung hat der Reichspostminister den Verkehrsbeirat für Montag, den 4. September, einberufen.

Ein Diebstahlprozeß.

Leipzig, 11. August. Der Verleihenat des Reichsgerichtes beschäftigte sich mit einem Diebstahlprozeß. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde verhandelt gegen den belgischen Ingenieur Caenneppe, den Belgier Pramper, die Kaufmannsgattin Bloenes, den Hilfsarbeiter Jung und weitere 11 Angeklagte. Bloenes hatte in Berlin und Magdeburg große Spionagemagazine eingerichtet, um die deutschen Militärverhältnisse zu erkunden. Es wurden verurteilt: Caenneppe zu 10 Jahren, Pramper zu 8 Jahren, Frau Bloenes zu 3 Jahren und Jung zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus. Weitere 9 Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

500 Ausweisungen aus dem Elsaß.

Strasbourg, 10. August. Die Presseabteilung des Generalkommissariats gibt bekannt: Die Ausweisungsmittelungen beginnen am Freitag, dem 11., um 8 Uhr und betreffen 500 Personen. Diese verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Bezirke: Departement Haut-Rhin 100, Bas-Rhin 150, Moselle 250. Die Ausweisungsmittelungen müssen bis Sonnabend Mitternacht durchgeführt sein. Die Ausgewiesenen werden die Grenze einzeln überföhrt. Es werden keine Züge zusammengestellt.

Weitere Deutsche Ausweisungen angekündet.

Berlin, 12. August. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsregierung ist gestern nachmittag die Nachricht zugegangen, daß in Paris eine Verbotsnote der französischen Regierung übergeben wurde (offenbar an den belgischen Botschafter), die den Inhalt der bereits in der Presse verbreiteten Meldung über die Ausweisung deutscher Staatsangehöriger bestätigt. Danach sollen 500 deutsche Staatsangehörige aus Elsaß-Lothringen bis zum 12. August ausgewiesen werden. Es wird ihnen gestattet, Handgepäck, sowie den Gegenwert von 10 000 Mk. für eine Familie und von 5000 Mk. für eine unverheiratete Person mitzunehmen. Für den Fall, daß die französischen Forderungen nicht erfüllt werden, wird die Ausweisung weiterer 500 deutscher Staatsangehöriger angekündet.

Werte.

Am Freitag waren die Devisen an der Berliner Börse heftigen Schwankungen ausgesetzt. Allerdings war das Geschäft ziemlich gering. Amtlich notierten: Nobel Newyork 870, London 2890, Holland 33 500. In der Effektenbörse flaute das Geschäft zunächst etwas ab, im weiteren Verlauf trat jedoch eine Befestigung ein. An jensationellen Steigerungen sind besonders zu erwähnen: Baltimor und Ohio auf 4750, 3prozente Reichsanleihe auf 302, Harpener auf 5500. Die Spekulation nahm an verschiedenen Märkten Gewinnföhierungen vor, da während der bevorstehenden 24tägigen Geschäftspause die Entscheidung der Londoner Verhandlungen zu erwarten ist.

hören und sehr sich zu diesem Zweck mit den Kollegen der abnehmenden Firma in Verbindung.

Aus der Waise der „Waischen Zeitung“ geht nicht hervor, ob es sich bei diesen Betriebsräten um Mitglieder der freien Gewerkschaften handelt. Auf alle Fälle aber ist zu sagen, daß die Betriebsräte, die sich an der Reichsbahn beteiligen, auf einem rechtlichen Wege sind. Die Motive, die zu diesem willkürlichen, preiswärtigen Eingreifen von Betrieb zu Betrieb führen, sind merklich sehr leicht zu verstehen. Das ändert aber nichts daran, daß das Verhalten dieser Betriebsräte weder mit dem Sinn des Reichsbahngesetzes noch mit dem Art. 165 der Reichsverfassung übereinstimmt. Es ist Sache der Betriebsräte, den Gedanken der Gemeinwohl und nicht des ökonomischen Durchsichtens der Kapitalisten zu fördern. Auch sollten die Betriebsräte sich darüber klar sein, daß gerade das Proletariat am meisten Interesse daran hat, der wahren Reichsbahn entgegenzutreten: denn gerade der Proletariat ist es, der taufendföhig unter der Reichsbahn steht.

Deputationswechsel zwischen Garding u. Ebert.

Berlin, 12. August. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat an den Reichspräsidenten das folgende Schreiben geschickt:

„Herrn Ebert, Berlin. Zur Wiederkehr des Tages, an dem der Vertrag der geschichtlichen Staatsform angenommen wurde, ist es mir eine große Freude, meine aufrichtigen guten Wünsche und meine Hoffnung auszudrücken, daß die große deutsche Republik ihre vordringende Aufgabe auf dem Wege des Friedens, wie in einer guten Sanktionierung, zu Gedeihen und Glück führen.“

Erhöhte Postgebühren.

Infolge der Preisermäßigung der Gehälter und Löhne der Beamten und Staatsarbeiter hat sich das Reichspostministerium bereits Mitte Juli veranlaßt gesehen, für den 1. Oktober eine neue Gebührenerhöhung vorzunehmen. Inzwischen ist eine weitere Erhöhung des allgemeinen Lebensniveaus um 25% und vom 1. August ab eine solche von 80%, bewilligt worden. Durch diese neue Ausdehnung wird der Gehaltsausgleich nicht um weitere 2,5 Milliarden Waise belastet, für die keine Deckung vorhanden ist. Deshalb hat sich das Reichspostministerium veranlaßt gesehen, die bisher geplante Gebührenerhöhung fallen zu lassen und eine weitgehende Gebührenerhöhung vorzubereiten, die den Lebensverhältnissen Rechnung trägt und wirtschaftlich eine Steigerung um fast 50 der verschiedenen Gebührenerhöhung.

Darüber soll ab 1. Oktober der Brief im Ortsverkehr bis 20 g Waise 1.50, über 20 bis 100 g Waise 4.—, über 100 bis 250 g Waise 8.— kosten.

Im Fernverkehr betragen die Kosten für einen Brief bis zu 25 g Waise 6.—, über 20 bis 100 g Waise 7.—, über 100 bis 250 g Waise 8.—.

Im Fernverkehr ist im Ortsverkehr eine Gebühr von Mk. 1.— im Fernverkehr von Mk. 4.— vorgesehen.

Im Fernverkehr bis zu 5 kg kommen Mk. 12.— vor. Die Ferngebühren bis 5 kg Waise 21.—.

Die Höhe der Verpackungsgebühr bei Vertrieben für je Waise 1000.— und auf Waise 2.50, bei Fernverkehr für je Waise 1000.— auf Waise 3.— erhöht. Im Fernverkehr für die Waise Gebührenerhöhung bis Waise 4.—, im Fernverkehr.

Republik und Schule.

Seit Anfang August gibt das Thüringische Ministerium für Volksbildung unter dem Titel „Republik und Jugend“ in zwangloser Folge Flugblätter zur staatsbürgerlichen Aufklärung und Bildung der Jugend heraus, die an alle Lehrer der höheren Lehranstalten des Landes Thüringen sowie an die Schüler der drei Oberklassen dieser Anstalten kostenlos verteilt werden. Diese Blätter, die in der Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei, Jena erschienen, können zum Vierteljahrspreis von 16 Mk. durch die Post bezogen werden und sind außerdem im Buchhandel einzeln käuflich. Ueber die Erwägungen, die das Ministerium zu ihrer Herausgabe veranlaßt haben, wird folgendes mitgeteilt:

Die Ermordung Rathenaus hat eine Reihe von mehr oder minder dauernden staatsbürgerlichen Abwehrmaßnahmen hervorgerufen, die sicher notwendig sind, ebenso sicher aber allein nicht alles erreichen werden, was sie erreichen sollen. Auch wo Beamtenhaft und Justiz sich bereit finden, jenen Abwehrmaßnahmen nachdrücklich Geltung zu verschaffen, ist es doch nicht ausgeschlossen, daß sich die strapellose Verheerung der Jugend in ein noch weniger kontrollierbares Dunkel zurückzieht. Die Romantik des Geheimnisses wird immer gerade die Jugend locken. Und es darf nicht ganz verkannt werden, daß in jenem Fanatismus, der schließlich selbst vor dem Mord nicht zurückschreckt, ein Einschlag von misleitetem jugendlichem Idealismus enthalten sein kann, der sich keine andere Möglichkeit, einer ernstlichen und heroischen Betätigung weiß.

Die Wurzel des Übels wird man mit bloßen Repressalien nicht ausrotten. Ebenso verfehlt aber wäre es, sich auf die Wirkung der Zeit zu verlassen. Wann soll diese bessere Zeit eintreten? Ein großer Teil der Jugend unserer Hochschulen und höheren Schulen unterliegt dauernd unkontrollierbaren „pöblichen“, monarchistischen und militaristischen Einflüssen mit all ihrem Fanatismus und ihrem gänzlichen Vorbeisehen an den konkreten Tatsachen, die die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage verursacht haben. Jeder weiß, wie tief die Wirkungen der in der Jugend empfangenen Eindrücke gehen. Man müßte also noch auf ein Menschenalter hinaus mit denselben Widerständen und Gefahren für das neue deutsche Staatswesen rechnen, wenn es jetzt nicht gelänge, eine Wandlung in den jugendlichen Seelen hervorzubringen und die Repressalien durch positive erzieherische Leistung zu ergänzen. Das ist der gegenwärtige Staat nicht nur sich selbst, sondern auch der Jugend schuldig, die er nicht länger in einen Abgrund rennen lassen darf. Andererseits kann kein Staatswesen die Mitarbeit der Männer der höheren Bildung und der durch die Hochschulen vermittelten wissenschaftlichen Schulung entbehren, darf also nicht ruhig zusehen, wie ihm diese fast ausnahmslos in das verfassungsfeindliche Lager entführt werden.

So haben die traurigen Ereignisse der letzten Zeit der Thüringer Regierung den Anlaß dazu gegeben, einmal einen Versuch mit neuen Mitteln zu wagen, nämlich den, daß sich die Regierung aufklärend und führend unmittelbar an die reifere Ju-

gend selbst wendet. Natürlich kann es sich dabei nicht darum handeln, daß sie dies in einer autoritativ-lehrhaften Weise oder gar in der Sprache einer politischen Partei tut, sondern sie muß schlicht-kameradschaftlich und so objektiv wie möglich zur Jugend reden, ohne daß ihr Appell des geistigen Schwanges und überlegenen Ernstes entbehre.

Eine so schwere und verantwortungsvolle Aufgabe, die so vieler Kenntnisse und großen pädagogischen Talents bedarf, kann vorläufig noch nicht einfach dem Zufall des Unterrichtes in der Schule ausschließlich überlassen bleiben. Es ist notwendig, daß die Lehrerschaft sowohl wie die Jugend in einer über verhältnismäßige Anstrengung hinausgehende Darlegung von authentischer Seite her erfährt, welches der Geist ist, der den neuen staatsbürgerlichen Unterricht befehlen soll und wie sich die Aufgaben der letzten Jahre in ihm spiegeln. Dem System der Lüge muß systematisch die Wahrheit entgegengesetzt werden; es muß vorzüglich den verbreiteten Lügen und Vorurteilen nachgegangen und so die historische Wahrheit und die politische Wirklichkeit der Jugend nahe gebracht werden. Zugleich aber muß ihr gezeigt werden, daß das neue Staatswesen ihrem Idealismus die Möglichkeit positiver Betätigung gewährt. Es muß der jugendlichen Romantik ein Weg gezeigt werden, sich in Tat und Arbeit umzusetzen, es muß die unklare Vaterlandsliebe der Jugend zu einer wirklichen Liebe zum Volke geklärt werden.

Diesem Ziele wollen die von dem Thüringischen Ministerium für Volksbildung herausgegebenen Flugblätter dienen, von denen jede folgende, innerlich auf den vorausgehenden fußend, eine wichtige Gegenwartsfrage (z. B. die neue Reichsverfassung, die Dolchstoßlegende, die Revolution, den Versailler Frieden, den Weltkrieg, Internationalismus und Nation, Sozialismus und Klassenkampf, Monarchie, Demokratie und Republik, Patriotismus, Idealismus und Wirklichkeits Sinn u. dgl.) behandelt und die schließlich zu einem Buch zusammengefaßt werden können, das eine systematische Einführung in das moderne staatsbürgerliche Leben unter sozialistischen Gesichtspunkten darstellt. Dadurch, daß die Flugblätter ihren Lesern Gelegenheit geben, sich mit Ermüdungen, Fragen und Einwürfen, die natürlich in angemessener und anständiger Form gehalten sein müssen, an die herausgebende amtliche Stelle zu wenden, soll der Jugend ein Beispiel dafür gegeben werden, wie auch bei grundlegenden Verschiedenheiten der Weltanschauung, Anstand und Würde im öffentlichen Meinungskampf gewahrt werden können, und wie sich auch in dieser Hinsicht von der Erziehung her große Aufgaben für die Durchdringlichkeit und Sachlichkeit ergeben. Es ist zu hoffen, daß dieses Vorhaben unseres staatsbürgerlichen Lebens mit dem Geist der Rittergehen des mit großen klassischen Traditionen durchtränkten Landes Thüringen, in dessen Hauptstadt Weimar bekanntlich die neue Verfassung entstanden ist, bei allen denen begeisterte und tatkräftige Unterstützung finden wird, denen die Erziehung und Aufklärung unserer Jugend im Geiste wahrhaft demokratischer staatsbürgerlicher Gesinnung und edler Menschlichkeit als eine der wichtigsten Kulturaufgaben unseres Volkes erscheint.

außerdem noch die Aussicht, wegen angeblicher Einschränkung des Etats aus dem Betrieb herauszufallen. Man rief „Tod den Sozialrevolutionären!“ Im Hause jedoch, in dem das Oberste Revolutionstribunal tagt, wurde unter dieser barbarischen Beleidigung „Recht!“ gesprochen. So währte es fünf Stunden lang. Uebrigens, man sah bei der Demonstration auch Fahnen mit der Aufschrift: „Tod den Sozialdemokraten!“ Offenbar eine Ankündigung der Eifrigsten für die Zukunft...

Am 10 Uhr abends teilte der Vorsitzende des Obersten Tribunals mit, daß die Delegierten einer Volksversammlung um Zustimmung zum Gericht bitten. Der staatliche Ankläger Krylenko erklärte, daß dies durchaus möglich sei, wenn es auch in den Gesetzen nicht vorgesehen wäre. So erschien „das Volk“ vor den Schranken des Gerichts. Zweieinhalb Stunden lang schrien dort irgendwelche Furien, suchten mit den Häuten umher, schimpften und wüteten. Zweieinhalb Stunden lang standen die Sozialrevolutionäre am Martyrsplatz, ohne einen Laut von sich zu geben. Und dies alles war kein Traum, sondern Wirklichkeit. Und dies geschah in Moskau, im Jahre des Heils 1922, nach fünf Jahren Revolution, in einer Behörde, die den stolzen Namen trägt: „Oberstes Revolutionstribunal!“

Das ist die „Poese“ unseres Lebens, die Poese der großen russischen Revolution, in der Grischka Sinowjew die Rolle eines Robespierre, Kamenew den Danton und Krylenko den Marat spielt. Armes Rußland! Armes Proletariat! Arme Revolution!

Schule und Republik.

Der Reichsminister des Innern veröffentlicht jetzt die von der Konferenz der Kultusminister am 19. Juli einstimmig angenommenen Richtlinien für die Mitwirkung der Schulen und Hochschulen zum Schutze der Republik. Von den Aufgaben, die den Unterrichtsverwaltungen auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen Erziehung erwachsen, wird u. a. gesagt, daß es notwendig ist, Gesichtsbücher zu schaffen, in denen mit amtlicher Unterstützung unter strenger Wahrung der geschichtlichen Wahrheiten diejenigen Tatsachen und Zusammenhänge zusammengetragen werden, die geeignet sind, das selbständige Verantwortungsbewußtsein des republikanischen Bürgers in seiner Stellung zu Staat und Gesellschaft zu wecken und zu erziehen. Die Schulbüchereien sollen unter diesen Gesichtspunkten einer Prüfung unterzogen und in den Schulen der staatsbürgerliche Unterricht nach Art. 148 der Reichsverfassung lehrplanmäßig eingeführt werden. Unter Mitwirkung der Unterrichtsverwaltungen sind brauchbare Lehrbücher zu schaffen. Die Lehrpläne aller Schulgattungen sind den neuen Aufgaben staatsbürgerlicher Erziehung anzupassen und methodisch auf die Grundlage der Gemeinschaftsbildung durch das Arbeitsprinzip zu stellen. Bei der Ausbildung der Lehrer ist den stofflichen methodischen Aufgaben der staatsbürgerlichen Erziehung durch Umgestaltung der Lehrpläne der Lehrerbildungsanstalten ausreichend Raum zu geben. An den Hochschulen und zur Fortbildung der im Amte stehenden Lehrer sind die notwendigen Einrichtungen für die staatsbürgerliche Durchbildung zu schaffen. Beim Reichsministerium des Innern wird ein Ausschuss aus Vertretern der Landes-schulbehörden, Historikern, Staatsrechtslehrern und Pädagogen gebildet, der bei der Umgestaltung und Neuherausgabe von Lehrbüchern bei der Einrichtung von Kursen unterstützend, beratend und anregend mitwirkt.

Im zweiten Teil der Richtlinien wird gesagt, daß die Durchführung dieser Maßnahmen einen Lehrkörper besonders an den Hochschulen voraussetzt, der sich seiner verantwortungsvollen Aufgabe eines Jugenderziehers und der Pflichten eines

republikanischen Beamten im gleichen Maße bewußt ist. Es genügt nicht, daß der Lehrer in seiner amtlichen Tätigkeit jede Herabsetzung der geltenden Staatsform oder der verfassungsmäßigen Regierung vermeidet, sondern er hat die Jugend für die Mitarbeit am Staatsbau heranzubilden, sie zur Mitverantwortung für das Wohl des Staates zu erziehen, Staatsgesinnung zu wecken und zu pflegen. Ferner wird die Notwendigkeit betont, daß die Schüler von Vereinigungen ausgeschlossen bleiben, deren Absichten den staatsbürgerlichen Aufgaben der Schule zuwiderlaufen. Auch das Neuhere der Schule, der Wanderschmaat der Klassenzimmer und die Gestaltung der Schulfeiern hat den Anforderungen des neuen Staates Rechnung zu tragen.

Zum Schluß wird auf die nachhaltige Unterstützung der Finanzverwaltungen hingewiesen, die notwendig ist, um auch in wirtschaftlicher Hinsicht diese wichtigen Aufgaben zu erfüllen.

Eine im Sinne dieser Richtlinien gelegene Rundverfügung des preussischen Kultusministers ist schon vor einigen Tagen veröffentlicht worden.

Verfahren gegen die Rathenau-Mörder.

In der Rathenau-Mordsache sollte, wie berichtet, die Voruntersuchung in diesen Tagen von dem besonders beauftragten Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Dr. Allen geschlossen werden. Es ist jedoch im letzten Augenblick noch eine Verzögerung des Abschlusses des Vorverfahrens eingetreten. Der Kapitänleutnant Dietrich, der auch in die Mordaffäre verwickelt ist und vor kurzem in Erfurt in Haft genommen wurde, ist erst vor wenigen Tagen in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Da die Voruntersuchung auch auf ihn ausgeht worden ist, sind weitere Vernehmungen erforderlich gewesen, weshalb der Abschluß der Voruntersuchung sich noch einige Tage hinziehen wird.

Uebrigens bestreitet der in der Sache verwickelte Woh, der die Garage für die Unterbringung des Mordautos besorgt hat und der nach den Ermittlungen der Polizei eingeschriebenes Mitglied der kommunistischen Partei sein soll, von dem dem ganzen Mordplan und der Bestimmung des unterzubringenden Autos etwas gewußt zu haben. Tschow behauptet, daß er nur auf Befehl und nach seiner späteren Weigerung gezwungenermaßen das Mordauto geführt habe. Die beiden anderen Mörder sind tot, der letzte möchte sich begreiflicherweise herauswindeln.

Ein Protest der rheinischen Arbeiter.

Mehrere Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften sind in Köln bei der englischen Belagungsbehörde vorstellig geworden und haben auf die Gefahren hingewiesen, die dem Rheinland durch die französischen Maßnahmen drohen. Sie übergaben dabei ein Schreiben mit der dringenden Bitte um Weiterreichung an Lord George. In dem Schreiben wird gesagt: Mit großer Besorgnis hat die Sozialdemokratische Partei und die frei organisierte Arbeiterchaft der Rheinlande die französischen Pläne vernommen. Wir erblicken in dem Vorgehen Frankreichs den vollständigen Niederbruch der deutschen Wirtschaft. Die Arbeiterchaft der Rheinlande beürchtet vor allem, daß die angedrohten Maßnahmen auf eine Abschwendung der Rheinlande von der deutschen Republik hinauslaufen. Ein solches Beginnen würde auf den stärksten Widerstand der Sozialdemokratie und der Arbeiter stößen. Die Wiederherstellung der Zollgrenze vom Jahre 1921 bedeutet nach den Erfahrungen aus dieser Zeit Arbeitslosigkeit im weitesten Maße. Eine solche Bedrohung unter den heutigen Umständen bei den unerschwinglichen Lebensmittelpreisen die Katastrophe und wird die betroffenen Arbeiter und Angestellten zur Verzweiflung treiben.

Volkswirtschaft.

Wiedermärkte.

Hamburg, 11. August.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachthofmarkt, wird mitgeteilt:

Schweinemarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Beste Fetteschweine über 250 Pfd. 8800—8400 Mk., mittelschwere Ware über 220 Pfd. 8000—8200 Mk., gute leichte Ware von 180—220 Pfd. 7500—7900 Mk., geringere Ware 6800—7400 Mk., beste Sauen 7800—7900 Mk., geringere Sauen 7000—7500 Mk. Zufuhr: 4180 Schweine. Das Geschäft verlief lebhaft, namentlich mit schwerer Ware.

Devisen-Kurse.

		Berlin, 12. August.	
		Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.	
		11. August.	10. August.
Amsterdam	100 fl.	33458.50	35468.10
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	6641.65	6541.80
Kristiania	100 Kr.	14856.40	14881.35
Kopenhagen	100 Kr.	18526.80	18601.70
Stockholm	100 Kr.	22621.65	22571.25
Helsingfors	100 finn. Mk.	1817.70	1802.70
Rom	100 Lire	8945.05	8920.05
London	1 £	3875.15	3855.15
New York	1 Doll.	868.91	868.41
Paris	100 Frs.	6991.25	6946.20
Zürich	100 Frs.	16579.25	16779.—
Madrid	100 Pesetas	18883.25	18588.—
Wien	100 K.	1.50 ^{1/2}	1.50 ^{1/2}
Prag	100 K.	2157.30	2167.25
Budapest	100 K.	62.92	60.92

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. F. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Parteil und Gewerkschaften August Schulz; für Injunkte Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Wener & Co. sämtlich in Lübeck.

Sie wahren Ihren Vorteil,

Wenn Sie Maggi's Würze nur aus der großen Maggi-Staibe nachfüllen lassen.



Nutze dein Herdfeuer!



Persil, das selbsttätige Waschmittel

reinigt und bleicht die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.)

Um alle Vorteile voll auszunutzen, ist die Befolgung der Paket-Gebrauchsanweisung nützlich: Persil wird in kaltem Wasser aufgelöst und wirkt am besten ohne Zusatz von Seife und Seifenpulver.

Bekanntmachung.

Enorm gestiegene und noch fortgesetzt steigende Löhne, sowie Erhöhung der Löhne zwingen uns, unsere Preise entsprechend zu erhöhen.

Schuhmacher-Zwangsimmung.

Unsere Mitgliedern werden Nichtzugehörige ins Haus gebracht. — Gehaltelohn ab 15. August 210% zum Grundlohn. (5552)

Herren- u. Damenstoffe

tadellose Qualitäten vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.

J. Issler, Sandstr. 24
Spezial-Geschäft. (5520)

Brillanten, Perlen
ganze Läger sowie auch lose Ware
kauft zum höchsten Auslandskurs (5524)
Frick, Pfaffenstr. 2, 1. Etage

Törpers Produkten-Zentrale
Schwarzbauer Allee 26.
Beste Absatzquelle (5519)
in Eisen, Metallen, Papier, Lumpen, Flaschen usw.
Größere Mengen werden abgeholt.
Telephon 1575. Telephon 1575.

RUFEN SIE 2873!
AN!
Und schon bin ich unterwegs, hole Ihre kaputten Schuhe und bringe sie **sofort** wie neu zurück.
Reform-Schuhwaren-Reparatur- und Stepperei
mit elektrischem Betrieb.
Robert Jentzen
50 Hüxstraße 50.

Kommentar zum Reichsmietengesetz
von Hans Krüger
(Mitglied des Reichsrechtsamtes)
Mk. 20.00. (5525)
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Libecker Volksbote, Johannisstr. 46.

Cauffenluft. Morgen Sonntag Lang. Eintritt und Lang frei. (5510)

Zirkus Corty-Althoff
als Doppelpreis gegründet 1855 in Wien
der weltbekannte große Zirkus.
Seit 1855 in Lübeck eingeführt.
Nicht zu verwechseln mit den verschied. kleinen Zirkussen namens Althoff.
Seit 1911 zum 1. Male wieder hier.

Eröffnung Dienstag, 15. August auf dem Burgfelde.

Gruß an Lübeck!
Bei meinem diesjährigen Kommen in die Stadt Lübeck meinen Gruß zu erwidern. Enge Bande verknüpfen mein Unternehmen u. meine Familie an die alte liebe Hansestadt Lübeck, in der ich schon als Kind, bei jedem maligem Besuch, frohe und angenehme Stunden verlebte. Schon lange Jahre vor dem Zusammenbruch der damaligen Zirkus Corty u. Althoff ersehnte diese die Idee einer glänzenden Festscheibe, die auch bei den weiteren Auftritten als Doppel-Zirkus unter den Direktoren P. Corty und B. Althoff nicht ausließ, damals in Heiligendamm, damals im Lübeck. Zirkusgebäude „Kauerturm“. Seit der Zeit, daß ich Direktor und Eigentümer des Zirkus Corty-Althoff bin (1909), habe ich darauf hingearbeitet, das alte meine Vater weiter auszubauen, und es ist mir auch trotz der schweren Zeiten — besonders der letzten Jahre — gelungen, dem
Zirkus Corty-Althoff auf der Höhe
bedeutend vergrößert u. verbessert zu erhalten. **Zirkus Corty-Althoff ist das letzte und einzige von den alten großen Unternehmen früherer Zeiten.** Angesehene Namen wie König, Wolf, Corré, M. Schumann, Herzog, Dreißler usw., sind unter den besten Welt-Kompanien eingegangen. Ich würde es hoch einschätzen, wenn auch beim diesmaligen Kommen die allererst gemachten Erfolge mich in meinen Bemühungen unterstützen würden. Auf richtige Freude würde es mir bereiten, meine alten Schul- u. Jugendfreunde nach langjähriger Abwesenheit begrüßen zu können, Freunde, die ich in meiner Jugendzeit gelegentlich bei den Besuchen meines Großvaters und meines Vaters gekannt.
Dank an alle, die als Gönner und Freunde mein Unternehmen fördern, besonders auch **Dank den Behörden,** die, wie in früheren Jahren, so auch diesmal durch weitgehende Ermäßigungen mir das diesmalige Kommen in schönerer Zeit ermöglichten. Ich werde das Entgegenkommen der Behörden aber auch das Vertrauen der Einwohner zu würdigen wissen und **durchaus erstkl. Spielpläne** bieten, die ohne jeden Zweifel einen **Massenbesuch** bei meinem Kommen mit sich bringen zur Folge haben.
Gedächtnisprotokoll
P. Althoff,
ehemaliger Direktor u. Eigentümer

Reit-Spring-Fahr-Turnier in Travemünde
am 19., 20. u. 22. August. (5555)

Arbeiterchaft Fa. Hochofenwerk Sübeck u. S.
Sonntag, den 13. August:
Fahnenweihe und Ball
nebst Ziehung einer Tombola
in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses.
Kassenöffnung 4 Uhr. Ballanfang 5 Uhr.
Fahnenweihe 8 Uhr.
Der Festausschuß.
(5529)

Sindenhof
Israelsdorf.
Morgen Sonntag:
Vornehme Ballmusik.
Anfang 4 Uhr nachm.
In den Veranden freier Zutritt.
Tel. 1910. (5504)
Victor Klempau.

Erster Silberhuden. (5508)
Jeden Sonntag:
Familien-Kränzchen.
Es bleibt dabei!
Für Gold-, Silber-, Platin-, Double, Sachen und Bruch, Gebisse, Zähne, Bestecke, gold-, silb., Uhren, Münzen usw. erhalten Sie bei **Westfaling Holstenstraße 32** doch die höchsten Preise!

Wanzen
Sowie jedes Insektier
bestenfalls unter Garantie
Fr. Kröger, beständig
Sammler u. Spezialist
Sachverständ. Alstr. 3
Juni. 1794. Radikal-
mittel gegen Kopfläuse
(5507)

Konzertklub „Lübeck“
Am Sonntag, dem 13. August 1922
Grosses Konzert und Ball
im Konzerthaus „Flora“.
Anfang 6 Uhr. (5586)

Deutscher Kellner-Bund
Ortsverein Lübeck.
Konzerthaus Lübeck.
Mittwoch, den 16. August, nachm. 4 Uhr:
Großes Konzert
verstärktes Orchester (Kap. Sulanke)
unter Mitwirkung bedeutender Künstler.
Herren- und Damen-Preisschießen.
Kinderbelustigungen.
Abends:
Sommernachtsball.
Alles Nähere siehe Plakate.
(5567) Der Festausschuß.

Adlershorst.
Morgen Sonntag: (5511)
Großer Ball.

Konditorei Starke Kaffeehaus
Königsstr. 25. Teleph. 8860
Täglich von 10 Uhr früh: **Frühes Gebäck!**
Künstler-Konzert ab 4 1/2 Uhr nachm. (5512)
Lieferung, auß. d. Hause f. schnellste Erledig.

Weißer Engel.
Jeden Sonntag und Freitag: (5528)
Großer Ball.
Zentralhallen.
Sonntags und Sonntag: (5488)
Großes Tanzkränzchen.

Achtung!
Kohlenplatarbeiter!
(5550)
Die Auszahlung der Streit-Unterstützung findet am Sonntag, dem 13. August, morgens von 8 1/2 bis 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Die Ortsverwaltung.

Gimerbier
Montag von 4-6 Uhr.
(5556) Brauerei Stamer.

Molsinger Baum.
Morg. Sonntag Anf. 4 U.
Vornehm. Tanzkränzchen unter Mitwirkung von Fr. Hilde Möbius, Herrn Reinhold Wolf, sowie der Spigentänzerin Ina Hüge vom Opernhaus Berlin, in ihren neuesten Tänzen. Moderne Tänze. Künstler-Kapelle. Angen. Fam.-Aufenthalt. Freier Eintritt. (5554)
Rud. Jäde.
Für Vereinsfestlichkeiten halte meine Lokalitäten bestens empfohlen. D.O.

Friedrich-Franz-Halle.
Neben Sonntag 4 Uhr:
Tanzkränzchen.
Empfehle meinen schönen schattigen Garten. Gemüthlicher Aufenthalt und Geselligen. Eintritt frei.
(5505) **L. Stamer.**

Gewerkschaftshaus u. Café Muuß
Israelsdorf. (5561)
Morgen Sonntag:
Im weißen Saal:
Künstlerkonzert.
Im großen Saal:
Konzert
mit **Tanzkränzchen** u. Künstl.-Vorträgen.
Anfang 4 Uhr.

Hedermans
Anfang 8.30 Uhr.
Der glänzende August-Spielplan.

Hansatheater.
Anfang 8 Uhr: (5588)
Nur noch einige Tage:
Der große durchschlagende Erfolg
Doni vella
Tifonstahn
mit den Gästen:
Grete Grewil,
Ella Loeb,
Willy Schenk,
Adolf Trimbora.

Stadttheater Lübeck
Sonntag, 13. Aug. 2.30.
Volksbühne: **Fra Diavolo.** Komische Oper von Uuber.
Einzeltartenverkauf an der Theaterkasse.
7.30. **Figgenbaron.** Operette v. G. Strauß.
Montag, 14. Aug., 7.30 U.
1. **Volksk. Konzert.**
Händel: Overture D. dur, Haydn: Mittelf. Sinfonie, Gounod: Sinfonie für 9-Blasinstrumente.
Einzeltarten an der Theaterkasse.
Dienstag, 15. Aug., 7.30 U.
Ab. C. **Orphens und Euridite.** Oper von Gluck.
Neuanmeldungen von Theaterabonnements an der Theaterkasse. (5533)
Eindlösung der Ab.-Karten für die **Volksk. Konzerte** vom 10 bis 1 Uhr an der Theaterkasse.

Freistaat Lübeck.

Gonnabend, 12. August.

Die Verfassungsfeier der Partei.

Der Sozialdemokratische Verein hielt am Freitag abend unter Mitwirkung des Chorvereins im Gewerkschaftshaus eine Verfassungsfeier ab. Obgleich nur Mitglieder des Vereins Zutritt hatten, war der große Saal doch voll besetzt. Die Feier wurde mit einem prächtig zu Gehör gebrachten Freiheitsslied des Chorvereins eröffnet. Darauf hielt der Vorsitzende des Vereins, Genosse Paul Löwigt, eine Ansprache. Er führte im wesentlichen aus: Der heutige Tag ist ein demwürdiger Tag. Am 11. August vor 3 Jahren trat die Reichsverfassung der Republik in Kraft. Würde es nach unserem Wunsche gegangen sein, dann wäre dieser Tag bereits ein Feiertag. Aber die Rechtsparteien wollten nicht den 11. August, sondern den 18. Januar zum nationalen Feiertag erheben. Wir haben alle Veranlassung, den heutigen Tag zu feiern. Denn solange die Sozialdemokratie besteht, hat sie stets für die Demokratie und für die Republik gekämpft. Die neue Reichsverfassung spricht das deutliche Volk mündig; es kann sich jetzt selbst regieren. Bis zur Revolution hatte es dieses Recht nicht. Hätte früher schon das Volk das Recht gehabt, in entscheidenden Dingen mitzureden, dann wäre der Krieg, der alles Elend verschuldet hat, nicht geschehen. In der Reichsverfassung ist die Einheit Deutschlands proklamiert. Hätte die Sozialdemokratie nach dem Zusammenbruch des Reiches, nicht ihre ganze Kraft eingekoppelt, um Deutschland vor dem Schicksal zu bewahren, dann wäre die Einheit des Reiches verloren gegangen. Später hat unsere Partei schwer kämpfen müssen, um in der Verfassung die republikanische Staatsform festzulegen. Jetzt haben wir die politische Gleichberechtigung, wonach die Partei stets kämpfen hat. Wir haben nicht nur das gleiche Wahlrecht, sondern auch andere bedeutungsvolle Rechte und Freiheiten erlangt. Jetzt gilt es, diese Rechte und Freiheiten für unsere Ideale auszunutzen. Die Reichsverfassung enthält auch die Worte: „Eigentum verpflichtet“. Dieser Satz hat noch der Durchführung. Der Beherrschende ist heute weit entfernt, diesen Satz zu berücksichtigen. Die Sozialdemokratie hat daher noch viel zu tun, um dieses hohe Ziel zur Geltung zu bringen. Die Verfassung erfüllt zwar nicht alle unsere Wünsche, sie gibt uns aber die Möglichkeit, für unsere Ideale zu wirken. Trotz des gleichen Wahlrechts konnten wir das bisher noch nicht erreichen, weil große Volksschichten vom Sozialismus nicht durchdrungen und ihre Mängel noch nicht erkannt haben. Es bedarf somit der weitestgehenden Aufklärung der Massen, wozu die Möglichkeit vorliegt — auf der Grundlage der Verfassung der Sozialismus aufgebaut werden soll.

Die Reichsverfassung wurde genau die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten beschaffen. Diese beiden Parteien bekämpfen die Verfassung auch heute noch. Es gibt heute auch noch manche andere Leute, die sich, wie man zu sagen pflegt, auf den Boden der Tschakane stellen, aber feinesinniges Republikaner sind. Die Republik ist nur dann gesichert, wenn die große Masse des Volkes mit Herz und Verstand, mit der ganzen Kraft für sie eintritt. Die Gegner der Republik, die alles Elend verschuldet haben, sind nicht untätig. Sie wollen die führenden Männer der Republik bestreiten. Der Redner verwies auf den Mach an Rathenow usw. Wenn diese Bemerkung auch heute zurückgedrängt ist, so ist die Republik doch nach wie vor bedroht. Das muß immer wieder hervorgehoben werden. Die Sozialdemokratie aber will und wird ihre ganze Kraft zum Schutze der Republik einsetzen. Am heutigen Tage wollen wir daher gelassen, trenn zur Republik und zur Verfassung zu stehen. Genosse Löwigt schloß unter lebhaftem Beifall mit einem dreifachen Hoch auf die Republik. In dieses Hoch stimmten alle Anwesenden begeistert ein.

Darüber sang der Chorverein nochmals ein Lied und erteilte ebenso wie mit dem ersten Liede für seine prächtigen Darbietungen lebhaften Beifall.

Alsdann fand eine Mitgliederversammlung

statt. Genosse Löwigt gedachte zunächst ehrend des verstorbenen Genossen Brede, der 32 Jahre der Partei angehörte. Dann hielt Genosse Wolfradt ein Referat über den Parteitag in Augsburg. Er besprach in längeren Ausführungen die Tagesordnung und hob die wichtigsten Gegenstände, die den Parteitag beschäftigen werden, besonders hervor. Da der Parteitag in Bayern tagt, so ging der Redner auch auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Bayern näher ein. Dieses Land sei heute, nachdem die Linkstabilen dort einseitig die Räterepublik und nun nun nötig abgewirtschaftet hätten, der Hort der schlimmsten Reaktion. Alle Feinde des Volkes und der Republik suchten jetzt dort ihre Unterkunft. Der Redner trat dann warm für die Einigung mit der USPD ein. Bei der Arbeitsgemeinschaft dürfte es nicht bleiben, sondern es müsse alles versucht werden, die Arbeitervereinigungen herbeizuführen. Ein Zusammengehen mit den Kommunisten aber sei nach ihrem Verhalten und nach ihrer Betätigung ganz unmöglich. Alle diese Fragen würde der Parteitag eingehend behandeln. Im verflochtenen Jahre sei erfreulicherweise wieder ein erheblicher Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen. Dagegen lasse die Frauenbewegung manches zu wünschen übrig. Eine Erhöhung der Beiträge würde im kommenden Jahre nötig werden, denn die Partei müsse schlagkräftig bleiben. Genosse Wolfradt behandelte dann die Wohnungs- und Ernährungsfrage und streifte die Steuer- und Schulfrage. Die Koalitionspolitik werde neben der Reformfrage eine große Rolle auf dem Parteitage spielen. Der Parteitag habe also große und sehr wichtige Aufgaben zu erledigen. Redner schloß mit dem Wunsche, daß die Arbeiten den besten Erfolg zeitigen möchten. (Beifall.)

Genosse Göhr stellte folgende Anträge: 1. Der Parteitag wolle beschließen, daß die dem Reichstage im nächsten Jahre zur Beratung zugehenden Gesetzentwürfe: a) zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten; b) Ueber Lungentuberkulose für eine nur zur Ausnahme gelangene dürfen, wenn sie die persönliche Freiheit jedes einzelnen Volksgenossen nicht gefährden. 2. Unsere Vertreter im Reichstage haben dahin zu wirken, daß das Gesetz über die Zwangsimpfung beseitigt, oder dahin abgeändert wird, daß die Verzehe für die entzündlichen Impfschäden, die Leben und Gesundheit gefährden, die Verantwortung zu tragen haben.

Vom Genossen Mehrlein lag folgender Antrag vor: Der Parteivorstand wird beauftragt, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften eine Zentral-Arbeitsstelle einzurichten, welche die Aufgabe hat: 1. Zum Zwecke der Durchführung des republikanischen Rechtsgebietens alles was auf dem Gebiete der Rechtsprechung, Verwaltungsmassnahmen usw. vorhanden ist, zu sammeln, zu ordnen und für geeignete Massnahmen in den einzelnen Ländern vorzubereiten. 2. Den Arbeiter Sekretariaten und Rechtsanwaltschaften Auskunft zu geben. 3. In schwierigen Fällen mit einem über den Ort und das einzelne Land hinausgehenden Interesse selbst bei Behörden und Volksvertretungen vorzugehen. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß — entsprechend den Bildungsausstellungen — in den Kreisen und Bezirken Volksrechtsausschüsse gebildet werden, deren Aufgabe es ist, praktische Fälle mit genauer Darstellung des Sachverhaltes der Zentralstelle zu berichten, damit diese eine systematische Darstellung bereit halten kann. Erst wenn dieses authentische Material vorliegt, kann sowohl auf dem Wege der Rechtsprechung als auch der Verwaltung gründlich gebergt werden.

Genosse Bromme stellte und bearbeitete nachstehenden Antrag: Der Bildungsausschuss beauftragt: Der Parteitag möge beschließen, von jedem geleisteten Beitrag der männlichen Mitglieder unserer Partei sind 10 Pfennige dem Bezirksbildungsausschüssen zuzuführen, damit diese in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben erfüllen zu können.

In der Ansprache ging als erster Redner Genosse Dr. Leher auf die Koalitionspolitik näher ein. Er erinnerte an den Württembergischen Beschluß und zeigte, daß die Entwicklung einen anderen Weg genommen hat. Die USPD habe ihre Politik wesentlich geändert und ihre Parteitagsschritte nicht immer einhalten können. Eine Einigung mit dieser Partei müßte schleunigst erfolgen. Der Redner begründete diese Forderung ausführlich und betonte, daß die Koalitionspolitik und die Einigungstrategie mit die wichtigsten

Verhandlungsgegenstände auf dem Parteitag sein würden. (Beifall.) An der weiteren Debatte beteiligten sich die Genossen Heimann, R. Löwigt, Marks, Bromme und Lauborn. Nach einem kurzen Schlußwort Wolfradts wurde über die Anträge abgestimmt. Die Anträge von Mehrlein und Bromme wurden angenommen, die Anträge von Göhr dagegen abgelehnt.

Zur Beitragserhöhung sprach Genosse Weiß, der den Beschluß des Vorstandes und Ausschusses näher begründete. Dieser Beschluß geht dahin, für die Monate August und September das Eintrittsgeld auf drei Mark zu erhöhen und den Extrabeitrag der männlichen Mitglieder pro Monat von 1 Mk. auf 2 Mk. heraufzusetzen. Für weibliche Mitglieder beträgt der Extrabeitrag 1 Mark. Weiß betonte noch, Vorstand und Ausschuss hätten beschlossen, daß es unzulässig sei, wenn Parteimitglieder in bürgerlichen oder generischen Versammlungen an der Partei Kritik übten. Die Kritik solle nicht unterbunden werden, sie müsse aber in der Partei selbst erfolgen. Nach einer kurzen Debatte, an der sich die Genossen Herzog und Marks beteiligten, wurde der Antrag des Vorstandes und Ausschusses unanversändert angenommen.

Die Delegiertenwahl zum Parteitag ergab folgendes Resultat: Es erhielten Stimmen: Leher 507, Haub 288, Wolfradt 224, Kasch 32, Kahl 19 Stimmen. 6 Stimmen waren ungueltig. Nach dem Eingang der Wahlergebnisse aus den Ortsgruppen der Umgebend werden wir das endgültige Resultat mitteilen.

Die Verfassungsfeier im Rathaus.

Freitag mittag 12 Uhr fand im Bürgerstuhlsaal die Verfassungsfeier statt. Neben den Mitgliedern des Senats und der Bürgerwehr waren Vertreter der Behörden des Reiches und des Staates und der Reichswehr erschienen. Auch der Ortsauschuss des ADGB, der Beamtenbund und die Arbeitgeberverbände hatten Vertreter entsandt. Die Feier begann mit einem prächtig vorgetragenen Musikstück eines Streichquartetts des Stadttheaterorchesters. Feierliche Stimmung herrschte, als die ersten Weihenverkündungen waren. Darauf hielt Herr Bürgermeister Dr. Neumann eine Ansprache. Er führte u. a. aus: Meine geehrten Damen und Herren: Wie im ganzen deutschen Vaterlande am heutigen Tage Verfassungsfeiern stattfinden, so haben auch wir uns hier vereinigt, um in einer feierlichen Feier unserer Bekenntnis zur Reichsverfassung vom 11. August 1919 abzulegen. Es ist das erste Mal, daß wir diesen Gedenktag begehen, diesen Tag, von dem wir heute noch nicht wissen, ob er dem deutschen Volke künftig als gelehrter Nationalfeiertag gegeben werden wird. Wenn wir dem Tage, an dem vor drei Jahren die neue Reichsverfassung verkündet worden und in Kraft getreten ist, heute eine Gedächtnisfeier weihen, so ist die äußere Verwaltung dazu von der Reichsregierung ausgegangen, die selbst in der Reichshauptstadt eine solche Feier veranstaltet und an alle Länder die Antragung gerichtet hat, ihrem Beispiel zu folgen. Wir sind diesem Ruf der Reichsregierung gerne nachgekommen. Handelt es sich doch darum, in einer Zeit furchtbarer äußerer Not und beklagenswerter innerer Zerrissenheit des deutschen Volkes uns auf die gemeinsamen Grundlagen unserer nationalen und staatlichen Existenz zu bestimmen, wie wir sie, um einmal diesen Ausdruck zu gebrauchen, in der heute geltenden Reichsverfassung verankert sehen. Wir haben es stets als das höchste Gut, das uns geblieben ist, angesehen, daß dieser furchtbare Zusammenbruch, den das deutsche Volk jemals während seiner mehr als tausendjährigen Geschichte erlebt hat, uns wenigstens die nationale Einheit der Hauptmasse des deutschen Volkes nicht hat rauben können. Nun — diese nationale Einheit ist eben in der Reichsverfassung ver-

Immer daran denken
muß die praktische Hausfrau, daß es zum Färben von Kleidern, Blusen, Gardinen usw., nichts Besseres gibt, als die weltberühmten „Seitmann's Farben“, Marke „Fuchstopf im Stern“.

Der Landvogt von Greifensee.

Von Gottfried Keller.

2. Fortsetzung.

„Der Distelfink“, sagte er, den ersten Rauch wegblasend, „der ist ein schönes Frauzimmer!“

„Und der andere?“

„Der Hanswurstel? Der ist auch ein Frauzimmer, und auch schön in seiner Art!“

So ging es fort bis zur Ansel. Da die Wirtschafterin aber auch von diesen launigen Erklärungen nicht befreit war, mußte der Herr Landvogt sich entschließen, endlich des mehreren von Dingen zu reden, über welche noch nie ein Wort über seine Lippen gekommen war.

„Mit einem Wort“, sagte er, „es sind das alle meine Viehkühen, die ich gehabt habe, und die ich einmal beisammen sehen will!“

„Aber heiliges Kreuzdonnerwetter!“ schrie nun Frau Marianne, die mit noch viel größeren Augen aufsprang und zuhinterst an die Wand rannte, „Herr Landvogt, gnädiger Herr Landvogt! Sie haben geliebt und so viele? O Himmelserbarmung! Und kein Teufel hat eine Ahnung davon gehabt, und Sie haben immer getan, als ob Sie die Weiber nicht ausstehen könnten! Und Sie haben alle diese armen Würmer angehörmert und sitzen lassen?“

„Nein,“ erwiderte er verlegen lächelnd, „sie haben mich nicht gewollt!“

„Nicht gewollt!“ rief Marianne mit wachsender Aufregung; „keine etzige?“

„Nein, keine!“

„Du verfluchtes Rad! Aber die Idee ist gut, die der Herr Landvogt hat! Sie sollen kommen, wir wollen sie schon herbeiloden und betrachten; das muß ja eine wunderliche Gesellschaft sein! Wir werden sie hoffentlich in den Turm sperren, zuoberst, wo die Dohlen sitzen, und hungern lassen! Für Händel will ich schon sorgen!“

„Nichts da!“ lachte der Landvogt; „im Gegenteil soll Ihr an Höflichkeit und guter Bewirtung alles aufwenden; denn es soll ein schöner Tag für mich sein, ein Tag, wie es sein mußte, wenn es wirklich einen Monat Mai gäbe, den es bekanntlich nicht gibt, und es der erste und letzte Mai zugleich wäre!“

Frau Marianne bemerkte an dem Glanze seiner Augen, daß er etwas Herzliches und Erbarmendes meinte, sprang zu ihm hin, ergriß seine Hand und küßte sie, indem sie leise und ihre Augen wischend sagte: „Ja, ich verstehe den Herrn Landvogt! Es soll ein Tag werden, wie wenn ich alle meine heimgegangenen Kinder, die seligen Englein, plötzlich bei mir hätte!“

Nachdem das Eis einmal gebrochen war, machte er sie nach und nach, wie es sich schickte, mit den fünf Gegenständen bekannt und stellte ihr dar, wie es sich damit begeben habe, wobei der Vortragende und die Zuhörerin sich in mannigfacher Laune verhielten und kreuzten. Wir wollen die Geschichten nacherzählen, jedoch alles ordentlich einteilen, abrunden und für unser Verständnis einrichten.

Distelfink.

Den Namen schlopfte Salomon Landolt aus dem Geschlechtswappen der Schönen, welches einen Finken zeigte und über ihrer Haustüre gemalt war. Mehr als eine Familie führte solche Singvögel im Wappen und es kam daher der Taufname des ehemaligen Jungfräuleins, das Salome hieß, verraten werden. Oder vielmehr war es eine sehr stattliche Jungfrau, als Salomon sie kennen gelernt hatte.

Es gab damals außer den öffentlichen Herrschaften und Vogteien noch eine Anzahl alter Herrensitze mit Schloßern, Feldern und Gerichtshöfen, oder auch ohne diese, welche als Privatbesitz von Hand zu Hand gingen und von den Bürgern je nach ihren Vermögensverhältnissen erworben und verlassen wurden. Es war bis zur Revolution die vorherrschende Form für Vermögensanlagen und Betrieb der Landwirtschaft und gewährte auch den Nichtadeligen die Annehmlichkeit, ihren ideellen Anteil an der Landeshoheit mit herrschaftlich feudalen Ringenden Titeln auszuweisen. Dank dieser Einrichtung lebte die Hälfte der bürgerlichen Einwohnerschaft während der guten Jahreszeit als Wirte oder Gäste auf allen jenen amtlischen oder nichtamtlichen Landstiften in den schönsten Gegenden, gleich den alten Göttern und Halbgöttern der Gewaltzeit, aber ohne deren Fehden und Kriegsmühen, im kiesten Frieden.

In einem solchen Orte traf Salomon Landolt, etwa in seinem fünfundschwanzigsten Jahre, mit der jungen Salome zusammen. Sie standen zu dem Hause, von entgegengesetzter Seite her, in nicht naher Verwandtschaft, so daß sie unter sich selbst nicht mehr für verwandt gelten konnten und doch ein liebliches Gefühl gemeinsamer Beziehung empfanden. Außerdem wurden sie wegen ihrer ähnlich lautenden Namen der Gegenstand heiterer Betrachtungen, und es gab manchen Scherz, der ihnen nicht zuwider war, wenn sie auf einen Ruf gleichzeitig sich umluden und errötend wahrnahmen, daß vom andern die Rede sei. Beide gleich hübsch, gleich munter und lebenslustig, schienen sie wohlgesinnten Freunden für einander schicklich und eine Vereinigung nicht von vornherein unzulässig zu sein.

Freilich war Salomon nicht gerade in der Verzaffung, schon ein eigenes Haus zu gründen; vielmehr kruzte sein Lebensstillslein noch ungeschlüssig vor dem Hafen herum, ohne auszufahren noch einzukaufen. Er hatte seinerzeit die französische Kriegsschule in Mek besucht, ergriff um sich im Artillerie- und Ingenieurwesen auszubilden, dann um sich mehr auf die Zivilbaukunst zu

werfen, worin er einst seiner Vaterstadt dienen sollte. In gleicher Absicht war er nach Paris gegangen; allein Zirkel und Maßstab und das ewige Messen und Rechnen war keinem ungebundenen Geiste und keinem wilden Jugendmute zu langweilig gewesen, und er hatte teils einen angeborenen Hang zum freien Zeichnen, Skizzieren und Malen gepflegt, teils durch unmittelbares Sehen und Hören sich allerlei Kenntnisse und Erfahrungen erworben, besonders wenn es auf dem Rücken der Pferde geschah konnte; ein Ingenieur oder Architekt aber kam in ihm nicht nach Hause zurück. Das gefiel seinen Eltern nur mäßig, und ihre sichtbare Sorge bewog ihn, wenigstens eine Stelle im Stadtgericht zu bekleiden, um sich für die Teilnahme am Regiment zu befähigen. Sorglos, doch lebenswürdig und von guten Sitten, ließ er sich dabei gehen, während tieferer Ernst und Tatkraft nur leicht in ihm schlummeren.

Es versteht sich von selbst, daß von der ungewissen Lage des jungen Mannes hinsichtlich einer etwaigen Verheiratung, mehr die Rede und jede Seite der Angelegenheit gründlicher erwogen war, als er ahnte; wie die Bauern den Jahresanfang, je unbekannter ihnen die Zukunft ist, mit desto zahlreicheren Bauernregeln begleiten und beschreiben, so besprachen und beschränkte die Mütter vorhandener Töchter Salomons harmlosen Lebensmorgen.

Die annuitige Salome entnahm daraus jedoch, daß an sichere Ausichten und Heiratspläne nicht gedacht werden könne, hinwieder aber ein angenehmer, selbst transtlicher Verkehr wohl um so eher erlaubt sei. Sie wurde Mademoiselle genannt und war in französischem Geiste gebildet, mit der Abweichung, daß sie in freier protestantischer Gesellschaft und nicht im Kloster erzogen war, und sie hielt daher sogar eine gelinde Liebelei nicht für verführerlich.

Anglos gab sich Salomon einer Neigung hin, die sich in seinem offenen Herzen bald aufzuleben, ohne sich jedoch aufdringlich oder unbedeuten zu benehmen. So kam es, daß, wenn das eine der beiden auf dem stets wirklichen Schloßhause einkehrte, das andere auch nicht lange ausblieb und die Wirkung dieser Vorgänge bloß das unterhaltende Katepiel der Leute war: Sie nehmen sich! Sie nehmen sich nicht!

Eines schönen Tages jedoch schien eine Entscheidung aus dem Boden zu wachsen.

Salomon, der sich schon in frühen Tagen allerhand landwirtschaftliche Kenntnisse erworben und dieselben auf seinen Reisen eifrig erweitert hatte, bewog den Gutsbesitzer, eine Wieche, die an einem sonnigen Hange lag, mit Kirschbäumen bepflanzen zu lassen. Er schaffte die jungen, schlanken Bäumlein selbst herbei und machte sich daran, sie eigenhändig in den Boden zu setzen. Es war eine neue Art weißer Kirschbäume darunter, welche er abwechselnd mit den roten in Reihen pflanzen wollte, und da es gegen die fünfzig Stüd waren, so handelte es sich um eine Arbeit, die wohl einen ganzen kurzen Frühlingstag erforderte.

(Fortsetzung folgt.)

einem Auberboot, das von einem segelnden Torfboot geschleppt wurde. Beim Loswerden der Reine kenterte das Boot. Die 16-jährige Tochter vermochte sich und ihren 13jährigen Bruder schwimmend ans Land zu retten, während die beiden Eltern den Tod fanden.

Gewerkschaften.

Beschluss des Bergarbeiterkongresses über den Generalstreik im Fall eines Krieges. Der internationale Bergarbeiterkongress, der gegenwärtig in Frankfurt a. M. tagt, nahm nach einem Bericht des Belgiers über die Arbeiterkontrolle in der Industrie folgende Entschliessung an: Es wird als Pflicht der nationalen Sektionen erklärt, sich für die Einführung von Betriebsräten in der Bergwerksindustrie einzusetzen. Weiter wurde auf belgischen Antrag der Beschluss des Genfer Kongresses, im Falle eines Krieges mit Hilfe des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam den internationalen Generalstreik auszurufen, bestätigt, und das Bureau des internationalen Bergarbeiterverbandes beauftragt, dafür zu sorgen, daß auf dem nächsten Kongress die Mittel für eine internationale Aktion geprüft werden können. Ferner soll sich das Bureau unverzüglich mit den verschiedenen Bergbau treibenden Ländern in Verbindung setzen, um dort Gewerkschaftsorganisationen im Hinblick an die Bergarbeiterinternationalen ins Leben zu rufen. Schließlich wird das internationale Komitee beauftragt, möglichst schnell die Beziehungen mit dem amerikanischen Bergarbeiterkongress wirksamer zu gestalten. Die Franzosen hatten den Antrag gestellt, nicht nur im Falle eines Krieges, sondern auch zur Durchsetzung von internationalen Forderungen zum Mittel einer internationalen Aktion zu greifen. Als erste Warnung und als Antwort auf Angriffe der Unternehmer soll ein internationaler Bergarbeiterstreik von 24 Stunden, und, wenn dieser keinen Erfolg hat, ein längerer internationaler Bergarbeiterstreik ausgerufen werden. Der französische Antrag wurde mit 88 gegen 16 Stimmen abgelehnt, der belgische mit dem gleichen Stimmverhältnis angenommen. Auf Antrag der Franzosen wurden von den Vertretern fast aller übrigen Länder ablehnende Kritik geübt.

Aus aller Welt.

Schweres Unwetter in Braunschweig. Ueber den Freistaat Braunschweig ist ein Unwetter gezogen, das fast ebenso großen Schaden angerichtet hat wie das Unwetter in der Provinz Sachsen. In Barum sind Holzhäuser und große Scheunen auseinandergerissen worden. Dächer wurden 20 Meter weit geschleudert. Ebenso wurden Schornsteine und Dächer in Bötsum heruntergerissen. In Osterode, Clausthal und Baddeckenstedt waren die tiefer gelegenen Räume der Häuser überschwemmt. Die Kabel der Starkstromleitungen und die Telefonleitungen sind fast überall zerstört. In verschiedenen Gemarkungen ist mehr als die Hälfte der Getreideernte vernichtet.

Eine neue Talsperre im Sorgetal. Der Rubialsperrverein hat den Bau einer neuen Talsperre im Sorgetal beschlossen. Die geplante Sperre soll 70 bis 75 Millionen Kubikmeter fassen. Der Staudamm soll als Erdamm mit einem Mauerwerk im Innern ausgeführt werden. Als erste Bauarbeiten sind 300 Millionen Mark bereitgestellt worden. Mit den Vorarbeiten wird in Kürze begonnen werden.

„Was einer Dame beliebt.“ Eva im Paradiese war keine Dame, denn ihre Bekleidung war sehr dürftig. Zu einer richtigen Dame gehören vor allen Dingen Kleider; und „nicht zu knapp“, sagt der Berliner. In London hat kürzlich eine Dame ihren Mann auf Bezahlung ihrer Kleiderrechnung verklagt, und es entstand nun Streit darüber, was eine Dame „von Welt“ billigerweise jährlich für ihre Kleidung beanspruchen darf. Um den goldenen Mittelweg zu finden, wurde in London ein Sachverständiger

vernommen. Dieser erklärte: Wenn der Gatte 10 000 Pfund Einkommen hat, so ist es nicht mehr als billig, daß er seiner Frau 10 Prozent, also 1000 Pfund, für die Kleidung gibt. Verdient er 2000 Pfund, dann wird sie sich — sagt dieser Weise — mit 100 Pfund begnügen müssen. Lady Alexander, eine der elegantesten Damen Londons, behauptete aber, daß 10 Prozent des Einkommens in den meisten Fällen viel zu wenig sei. Eine Frau, die gut angezogen sein will, müsse wenigstens 18 Kleider und 12 Hüte im Jahre haben. Sie brauche mindestens drei Abendtoiletten, zwei weitere Gesellschaftskleider, vier Toiletten, drei Kostüme, eine Toilette für den Landaufenthalt, zwei Kleider für Ausflüge, ein elegantes Sommerkleid — ganz abgesehen von den Mänteln, Sweaters, Röcken, Handschuhen, Strümpfen usw. — Also sprach Frau Alexander.

Theater und Musik.

Stadttheater.

„Was ihr wollt“, Lustspiel in 5 Aufzügen von Shakespeare. Einem der besten Stücke, mit köstlichem Humor gewürzt, reich an komischen Irrungen und Wirkungen und Schabernack, aber auch gemischt mit zarter Lyrik, hat der große britische Dramatiker in diesem unvergänglichen Werk geschaffen. Und hohe Laune, frisches Spiel fast aller Mitwirkenden, die Karl Heidmann als Regisseur kundig regierte, belebte die Wiedergabe am Donnerstag in fröhlichster Weise. Als überaus fedes und schelmisches Kammermädchen Maria führte Fräul. Stengel die Schar der lustigen Kumpane, als da sind der trinkste Junfer Tobias (von Herrn Moran höchst ergötlich dargestellt), der Einfaltspinsel Andreas von Kleingewand, aus dem Herr Walter-Böhne eine zwerghaft hübsche Figur machte, die kein Auge trocken ließ, der aufgeblassene, wie ein Storch im Salat einhergehender Hausmeister Malvolto des Herrn Jansson, der nur sich besser verständlich machen sollte, und endlich der Narr des Herrn Heidmann, der auch seinen reiblichen Anteil an dem Pöffen hatte, den man dem armen Malvolto spielte. Die beiden Liebespaare, die nach fünf Akten glücklich in den Hafen der Ehe einlaufen, wurden von den Damen Heidmann, die sich in ihrer Rollenrolle recht gut ausnahm, und Halmannung und Liebesswärde, von den Herren Weissels und Zuhörer jedoch behaupteten, es seien Klänge aus dem Theaterrestaurant. Jedenfalls störten sie die Umbaugeräusche nicht. Alles in allem kann gesagt werden, daß „Was ihr wollt“ dem zahlreichen Publikum den Ernst unserer Zeit einige Stunden verlagern ließ und dann, die dazu mithelfen, herzlichen Beifall spendete. X

Sport.

Trommler- und Weiserfests! Treffpunkt: Montag, den 14. August, abends 8 Uhr bei Westendorf, Fackenburg Allee. Dienstag, den 15. August, abends 7,45 im Konzerhaus Friedrichshof. 5572

Tourenverzeichnis des Arbeiter-Radfahrerverbandes, Ortsgruppe Lüneburg. 13. August: Sommer-Sternfahrten aller Gauen. Abf. präz. 4 Uhr morgens, Buratorbrücke, über Travemünde, Gronenberg u. w., Fahrw. 2. B. 20. August: Jarrentin. Abf. 6 Uhr morgens Mühlentor. Fahrw. 3. 27. August: Woppenbüttel. Abf. 6 Uhr Lindenplatz. Fahrw. 4. B. 2. September: Große Tour, Mühen, Abf. mittags 3 Uhr Mühlentor, Fahrw. 5 und die zweite Tour, Abf. 5 Uhr Mühlentor. 3. September: Kleine Tour nach Einhaus. Abf. 2 Uhr, Gew. Fahrw. 6. 10. September: Fruchtsaag in Westfloe, Abf. 1 Uhr, G. m. Fahrw. 1. Um rege Beteiligung bittet 5558 der Fahrwart.

Das Wetter der Woche.

Bezirk der Lauenburgischen Wetterwarte in Altona.

10. August. (Nachdruck verboten.) Die nächste Woche (13.—19. August einschl.) läßt nach unseren Untersuchungen zwar durchweg eine Besserung der Witterung erwarten; doch ist die Wetterlage noch weit davon entfernt, als „beständig“ bezeichnet zu werden. Im allgemeinen herrscht die Trockenheit vor, namentlich für den N.-O. und S.-O., sowie die Mitte uneres Bezirkes (Westfalen, Hessen, größter Teil von Hannover, Brandenburg und S.-Mecklenb.), doch wird der nordwestliche, nördliche und nordöstliche Teil noch gelegentliche Niederschläge erhalten, unter dem Einflusse von Tiefdruckausläufern, die noch vereinzelt über das N.- und Ostseegebiet ziehen. Im übrigen steht die Witterung eines großen Teiles von Deutschland unter der Einwirkung hohen Luftdruckes, der sich bereits in den letzten Tagen der laufenden Woche von S.W. her nach S.W. und S.-Deutschland hin entwickelt und zeitweise in Mittel-Europa zur Herrschaft gelangt. Jedoch nicht für längere Zeit. Die ständig vom hohen NW. (Umgebung Islands) her über N.-Europa hinwegziehenden atmosphärischen Störungen lassen in NW. und N.-Deutschland keine feste Wetterlage zu, sondern bringen die vorübergehend günstig gewordene Druckverteilung nach mehrfachen Ansturm zum völligen Umsturz gegen den Wochenschluß. Wir können daher den Landwirten nur empfehlen, jeden guten Tag der nächsten Woche nach Kräften auszunutzen, um die Ernte zu fördern, da wir für die erste Hälfte der übernächsten Woche (20.—24. August) verbreitete, ergebige Niederschläge erwarten. — Im einzelnen: 13. Aug.: Wärmere, wechselnd bewölkt, teilweise heiter, schwache NW.-Winde. Durchweg trocken. Im O. noch strichweise vereinzelte Regenschauer. 14. August: Bewölkt bewölkt, teils heiter, schwache umlaufende, meist N.-bis O.-Winde; trocken. Jedoch im W. und S. strichweise Gewitter. 15. August: Wenig Veränderung bei erhöhter Luftwärme, stellenweise Gewitterregen. 16. August: Mäßig warm, zunächst heiter, später im W. und N. zunehmend bewölkt, aufziehende SO. bis SW.-Winde. Temperatur erhöht. Für Schleswig-Holstein, Mecklb. und W. bis N.-Hannover zeitweise Regenschauer, zeitweilig mit Gewittern. 17. August: Teils wolfig (N.), teils heiter (S.), mäßige S.-bis SW.-Winde. Im N. und NO. noch vereinzelte Regenschauer sonst trocken. 18. August: Veränderlich, wolfig mit Auflockerung, lebhaft bis harte SW.-Winde, kühler. Nord- und Ostseegebiet zeitweise Regenschauer. 19. August: Wärmere, teils wolfig, teils sonnig, frische S.-bis SW.-Winde. Strichweise Gewitterregen.

Schiffsverkehr im Lüneburger Hafen.

Angesommen am 11. August: D. Nordstern von Sargsborg in 3 Tg., D. Ragnaes von Stavanger in 6 Tg., E. Emmi von Gaderleben in 6 Tg., D. Henri Peter von Fredericia in 3 Tg., D. Otto Jppen von Kiel in 1 Tg., 12. August, D. Ceres von Wiborg in 3 Tg., D. Dora von Dalem in 1 1/2 Tg., E. Hansa von Fredericia in 3 Tg., E. August von Fredericia in 3 Tg., D. Antiope von Kiel in 3 Tg., E. Stolpe von Delfzijl in 1 Tg., E. Helene von Stageslunde in 3 Tg., E. Trio von Waldemarmit in 14 Tg., E. Theodor von Dorsens in 2 Tg.

ist alte Hausfrau, die Gerichte mit Makkaroni, Nudeln und Hörnle bevorzugt. Teigwaren sind die behäglichste, nahrhafteste Speise, dabei um vieles billiger wie Fleisch und Gemüse. Teigwaren sind rasch zubereitet, daher willkommene Ersparnisse an Zeit und Gas.

Amtlicher Teil.

Brotkartenausgabe im Landgebiet.

Die Ausgabe der Brotkarten für die Zeit vom 19. August 1922 bis 23. Februar 1923 in den Ortschaften:

Travemünde, Schlutup, Siems-Dänischbürg, Rüditz-Serrenowsh, Moisling-Genin, sowie in den Landgemeinden

erfolgt in der Zeit vom Montag, dem 14. bis Donnerstag, dem 17. August 1922 während der Geschäftsstunden:

In Travemünde: in der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde,

in Schlutup: in der amtlichen Geschäftsstelle,

in Moisling-Genin: im Schulhause nachmittags von 2—5 Uhr,

in Rüditz-Serrenowsh, Siems-Dänischbürg in den Polizeidirektionen,

in Niendorf: im Schulhause, in den Landgemeinden: bei den Gemeindevorstehern.

Die Abholung hat zu erfolgen durch Verbraucher, deren Familienname anfängt mit dem Buchstaben:

A—F am Montag, dem 14. August 1922, G—L „ „ Dienstag, dem 15. August 1922, M—R „ „ Mittwoch, dem 16. August 1922, S—Z „ „ Donnerstag, dem 17. August 1922.

Bei der Abholung der Brotkarten ist der Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln vorzulegen. Kindern unter 12 Jahren werden die Karten nicht ausgehändigt.

Bei verspäteter Abholung der Karten wird eine Gebühr von Mk. 3.— für die Person erhoben.

Zur Beachtung.

1. Die Brotkarten sind sorgfältig aufzubewahren. Für abhandengekommene Brotkarten wird Ersatz nicht geleistet.

2. Für Kinder unter einem Jahre werden bei der Ausgabe die entsprechenden Kinderbrotkarten ausgegeben.

Lüneburg, den 10. August 1922. (5521)

Das Landesverwaltungsamt.

Verordnung

Über die Regelung des Verkehrs des zur planmäßigen Versorgung der Bevölkerung bestimmten Mehles u. Brotes.

Auf Grund des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922 verordnet das Landesverwaltungsamt:

§ 1.

Mehl im Sinne dieser Verordnung ist das zur planmäßigen Versorgung bestimmte Roggen-

Weizen- und Gerstenmehl, sowie Roggen, Weizen- und Gerstenschrot oder ein Gemisch von diesen Mehlsorten. Brot im Sinne dieser Verordnung ist das aus diesem Mehl hergestellte Brot.

§ 2. Brot darf nur in der vom Landesverwaltungsamt bestimmten Art und Zusammensetzung und nur in Stücken hergestellt werden, die 24 Stunden nach der Fertigstellung das vom Landesverwaltungsamt vorgeschriebene Gewicht haben.

Die Höchstpreise für Brot und Mehl setzt das Landesverwaltungsamt fest.

§ 3. Mit dem vom Landesverwaltungsamt ausgegebenen Mehl dürfen Veränderungen nicht vorgenommen werden.

Brot, das mitsalzen oder verdorben und infolgedessen zur menschlichen Nahrung ungeeignet ist, darf nur nach der in jedem Einzelfall einzuhaltenden Anweisung des Landesverwaltungsamtes verwendet werden.

§ 4. Brot darf nur an die versorgungsberechtigten Verbraucher, nur gegen die vorgeschriebenen amtlichen Ausweise (Brotkarte oder dergl.) und nur in der festgesetzten Höchstmenge abgegeben und entnommen werden.

Diese Vorschriften gelten auch für den eigenen Brot- und Mehlbedarf der Bäcker und Händler und Haushaltungangehörigen.

§ 5. Die Brotkarte gilt nur für den durch Aufdruck bezeichneten selbständigen Zeitraum (Brotwoche); ihre Verwendung außerhalb der Geltungszeit ist verboten.

§ 6. Bei dem Bezuge von Brot und Mehl ist die Brotkarte dem Verkäufer zur Abtrennung der Abchnitte zu übergeben. Dieser hat die Karten auf ihre Gültigkeit zu prüfen und die entsprechenden Abchnitte abzutrennen und einzubehalten. Die Abgabe und Entnahme von Brot und Mehl auf bereits abgetrennte Abchnitte ist verboten.

Die einzelnen Abchnitte haben nur in der aufgedruckten oder durch besondere Verordnung festgesetzten Zeit Gültigkeit.

§ 7. Zum Empfange der Brotkarte ist nur berechtigt, wer im lüneburgischen Ersatzgebiete seinen Wohnsitz hat und zu den versorgungsberechtigten Personen gehört (§ 31 der Verordnung vom 4. Juli 1922).

Der Ausgabestelle ist bei der erstmaligen Empfangnahme der Brotkarte der politische Meibereich vorzulegen; bei der weiteren regelmäßigen Ausgabe der Brotkarte genügt die Vorlage des Ausweises zum Bezuge von Lebensmittelfakten. Röntgen der Bezugsberechtigten seine Brotkarte durch einen Bevollmächtigten holen, der nicht in der Haushaltungsgemeinschaft mit ihm lebt, so hat der Bevollmächtigte eine schriftliche Vollmacht beizubringen, sofern die Kartenausgabestelle dies für nötig erachtet. Die bei der Ausgabe gefälligen Fragen sind gewissen-

haft und wahrheitsgemäß zu beantworten. Nötigenfalls kann die Ausgabestelle das persönliche Erscheinen des zum Empfang der Brotkarte Berechtigten anordnen.

Der Haushaltungsvorstand ist verpflichtet, den Haushaltungsmitgliedern, für deren Unterhalt er nicht zu sorgen hat, auf Verlangen ihre Brotkarte auszuhändigen.

§ 8. Durch Tod oder Fortzug des Karteninhabers oder aus sonstigen Gründen freigewordene, oder zu Unrecht empfangene Brotkarten sind unverzüglich bei der zuständigen Ausgabestelle abzuliefern. Für die Erfüllung dieser Verpflichtung ist neben dem Inhaber der Brotkarte auch der Haushaltungsvorstand oder dessen Stellvertreter verantwortlich. Bei Nichtablieferung werden die Karten eingezogen oder bei einer späteren Ausgabe angerechnet.

§ 9. Verlorene Brotkarten werden nicht ersetzt.

§ 10. Der Verkauf oder die sonstige Abgabe von Brotkarten, sowie die Benutzung fremder Brotkarten zum Einkauf von Brot und Mehl ohne Zustimmung des rechtmäßigen Inhabers der Karte ist verboten.

Wer eine fremde Brotkarte in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, sie dem Berechtigten auf Verlangen unverzüglich herauszugeben.

§ 11. Krankenhäuser, Stättenhäuser, Genesungshäuser und andere öffentliche und private Anstalten, die ihren Inassen Verpflegung gewähren, dürfen Brot an ihre Inassen, sowie an diejenigen Angehörigen, die in der Anstalt verpflegt werden, ohne Brotkarten abgeben. Die Inassen der Anstalt, sowie die genannten Angehörigen haben, solange ihre Verpflegung durch die Anstalt dauert, keinen Anspruch auf Brotkarten.

§ 12. Wer den erlassenen Vorschriften vorzüglich oder fahrlässig zuwiderhandelt, insbesondere wer unberechtigterweise empfangene Brotkarten behält oder benutzt, oder wer den mit der Brotkartenausgabe beauftragten Personen unrichtige Angaben macht, wird nach § 49 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu Mk. 500 000 oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Gewerbetreibende, die sich in der Befolgung der ihnen obliegenden Pflichten unzuverlässig erweisen, kann der Bezug von Mehl gesperrt werden.

§ 13. Diese Verordnung tritt mit dem 16. August 1922 in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt wird die Verordnung über die Regelung des Brot- und Mehlverbrauches vom 10. August 1921 aufgehoben.

Lüneburg, den 10. August 1922.

Das Landesverwaltungsamt.

Verordnung

über die Versorgung der Brothersteller mit bewirtschaftetem Mehl.

Unter Aufhebung der gleichnamigen Verordnung vom 10. August 1921 bestimmt das Landesverwaltungsamt auf Grund des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922:

§ 1.

Die Brothersteller sind verpflichtet, ihren Verbrauch an Mehl allwöchentlich festzustellen und in die Mehlverbrauchsnachweisung einzutragen. Außerdem haben sie ihre Bestände an Getreidemehl auf der Mehlverbrauchsnachweisung anzugeben, und zwar:

- a) den Mehlbestand, welcher unverarbeitet oder zu Teig oder Brot verarbeitet im eigenen Betriebe und in den Verkaufsstellen am Schluß der vorliegenden Brotwoche vorhanden war;
- b) den Zugang an Mehl im Laufe der letzten Brotwoche;
- c) den Verbrauch im Laufe der letzten Brotwoche (durch Marken und Empfangsbescheinigungen zu belegen);
- d) den am Schluß der letzten Brotwoche festgestellten und tatsächlich vorhandenen Bestand an Mehl und Brot, letzteren in Mehl umgerechnet.

Das bewirtschaftete Mehl ist von dem im freien Handel erworbenen Mehl derart getrennt aufzubewahren, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind und jederzeit eine Kontrolle stattfinden kann. Das Gleiche gilt für das aus dem bewirtschafteten Mehl hergestellte Brot.

§ 2.

Die Mehlverbrauchsnachweisungen sind dem Landesverwaltungsamt, Breite Str. 65 I, Zimmer 3 allwöchentlich einzuliefern; und zwar von den Brothistellern, deren Namen beginnen mit den Buchstaben

A—F am Montag bis 1 Uhr nachmittags
G—M „ „ Dienstag „ „ „ „
N—S „ „ „ „ Mittwoch „ „ „ „
T—Z „ „ „ „ Donnerstag „ „ „ „

gleichzeitig sind die in der letztgenannten Brotwoche angenommenen Brot- und Mehlmarken und Mehl- und Brotempfangsbescheinigungen nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 3—5 einzuliefern.

§ 3.

Für die Ablieferung der bei dem Brotverkauf angenommenen Marken gilt Folgendes:

- a) Die Brothisteller haben die Abchnitte der lüneburgischen Brotkarte auf den vorgeschriebenen Gemeindefögen in der Reihenfolge der vorgedruckt Nummern sorgfältig aufzubewahren, und zwar die Abchnitte A und B zusammen, die Abchnitte D auf einem besonderen Bogen. Die abgetrennten Bogen sind, soweit die Abchnitte ausreichen, mit 100 Abchnitten voll zu befüllen.

Sammelbogen, die nicht ordnungsmäßig befüllt sind...

Für die Mehlerverbrauchsrechnung*) und die Sammelbogen** sind die vom Landesverorgungsamt...

Auf Grund der Mehlerverbrauchsrechnung stellt das Landesverorgungsamt die Mehlerverbrauchsrechnung aus...

Die Mehlausgabestellen dürfen Mehl nur gegen Vorlegung eines Mehlerverbrauchscheines abgeben...

Den vom Landesverorgungsamt erlassenen besonderen Anordnungen ist von den Mehlerverteilungsstellen...

Wer vorzüglich oder fahrlässig den Vorschriften dieser Verordnung...

Das Landesverorgungsamt. *) Zu beziehen durch Gebrüder Borchers...

Handelsregister. Am 9. August 1922 ist eingetragen 1. die Firma Lübecker Wachs- und Schmelzgesellschaft...

Handelsregister. Am 11. August 1922 ist eingetragen: 1. bei der Firma Lübecker Schmelz-Unternehmensgesellschaft...

Handelsregister. Am 8. August 1922 ist eingetragen 1. die Firma Lübecker Wachs- und Schmelzgesellschaft...

Gesellschafter in das Geschäft eingetreten. Seine Prokura ist erloschen...

Güterrechtsregister. Am 9. August 1922 ist eingetragen 1. bezüglich der Ehe des Kaufmanns Kurt Ludwig Ernst Schlie...

Bekanntmachung. Auf den Antrag mehrerer Mühlenbesitzer und nach Erledigung des im § 109 a der Gewerbeordnung...

Der Rechtsanwalt Dr. Brändel in Lübeck ist zum Notar ernannt...

Bekanntmachung. Die auf den 7. September 1922 anberaumte Zwangsversteigerung...

Bekanntmachung. Für die Benutzung des 5-Zonnen-Kranes am Flughafen...

Gewerbeschule. Die Handwerkerhochschule nimmt die Abendkurse...

Landesvorstand. Die bisherigen Preise für Kantaroten gelten noch bis zum 18. August d. J.

Öffentliche Verdingung. Die Ausführung der Malerarbeiten für das zu einem Polizeidienstgebäude...

Am Donnerstag abend verschied infolge eines Herzschlages sanft und schmerzlos meine innigstgeliebte Frau...

Johanna Freilrau v. Lütgendorff. In tiefer Trauer: Prof. Frhr. v. Lütgendorff...

Am Freitag entließ sanft mein lieber Vater, Schwiegervater, Großvater...

Am Freitag morgen starb plötzlich und unerwartet nach kurzen, schweren Leiden...

Dankagung. Wir sagen unsern herzlichsten Dank...

Sucht zum 1. Sept. oder später ein tüchtiges Mädchen...

3-Zimmer-Wohnung in Schladau gegen gleiche oder größere in Lübeck...

1 w. Kinderbett, 2 st. 554) Kaffeebohnen 10.

Erhalt' Dir Deine teuren Schuh, Verwende nur Urbin dazu

Celluloid- Artikel. Seifendosen (5562) Schwammkörbe...

Dr. med. Gagzow Institut f. Massage Sprechstunden von 11/2-1 Uhr...

Zahn-Praxis W. Rylewsky Breite Str. 7, Telefon 1253.

Achtung! Den höchsten Lagerpreis erhält jeder...

Umpressen von Herren-Hüten in moderne Formen, Hutreparaturen, Hutreinigung...

Die höchsten Tagespreise für Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Felle usw.

Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Herausgegeben vom Auswärtigen Amt...

Die deutsche Volksbote. 3 Bände in Halbleiter gebunden Mk. 500.-

Erhalt' Dir Deine teuren Schuh, Verwende nur Urbin dazu

